

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Post)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Křižanova 15 • Prága. • 30795, 31409, Nachredakt. (ab 21 Uhr): 33558 • Dofschdraml: 57544

12. Jahrgang.

Donnerstag, 2. Juni 1932

Nr. 130.

Hitlers Herren regieren selbst!

Zurück zu Wilhelm! Das Kabinett der Junker und Generale.

Was wir in unserem Leitartikel vom Sonntag vorausgesagt haben, ist überraschend schnell eingetreten: nicht Hitler greift zur Macht, sondern seine Auftraggeber und Finanziers übernehmen höchstpersönlich das Regiment der Deutschen Republik. Die Nazis bleiben weiter im Schatten und werden in den nächsten Monaten mit ihren Herren um die Ausübung der Macht kämpfen müssen. Wie dieser Kampf ausfällt, in welche Wirren er Deutschland stürzt, ist schwer zu sagen. Feststellen läßt sich, daß die deutsche Arbeiterklasse durch die nun geschaffene Situation einige Vorteile für den Entscheidungskampf in die Hand bekommt, mit denen sie bis vor kurzem kaum rechnen konnte. So ernst dieser Kampf werden wird, so verhängnisvoll eine Niederlage der Sozialdemokratie in den nun wohl unausbleiblichen Kämpfen wäre — die Tatsache, daß zunächst nicht Hitler, sondern seine unmittelbaren Chefs regieren werden, daß somit der Klassencharakter der Auseinandersetzung klargelegt, der Nationalsozialismus als Wegbahner der Junkerdictatur entlarvt und mit der Verantwortung für deren Taten belastet wird, schafft der Arbeiterklasse nicht die schlechteste Plattform für den Kampf.

Die Lage Deutschlands freilich wird durch den Gewaltstreich der Generals- und Junkerlamazilla aufs schwerste gefährdet. Die Konferenz von Lausanne und damit die Hoffnung auf eine Behebung der Kreditkrise, auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz sind schon jetzt zum Teufel, Deutschland sieht sich mit einmal der Einheitsfront des Mißtrauens aller seiner früheren Feinde gegenüber, die in dem Junkerkabinett mit Recht nichts anderes sehen als die Wiederkehr des altpreussischen Klassenstaates, nur daß an die Stelle des damals sichtbaren Monarchen, der im Grunde ja auch nur ein Handlanger der Junker war, eine im Dunkeln arbeitende Clique von Schleichern übelster Sorte getreten ist. Hat sich schon der Sturz Brüning's in Formen abgespielt, die mit voller Symbolkraft an die Herrschaft Wilhelms II. erinnerten, so geht es nun bei der Bildung des neuen Reichskabinetts erst recht zu wie in den Großkämpfen des altpreussischen Regimes. Wenn da plötzlich aus der Verleugung Namen und Männer aufstehen, von denen das deutsche Volk und die Welt entweder nichts oder nur Schlechtes gehört haben, so fühlt man sich in den Sommer 1917 zurückversetzt, als nach Bethmann-Hollwegs Sturz der neue Mann förmlich ausgelost wurde und die Wahl dann auf den unfähigen Michaelis fiel, der wiederum die Entscheidung der Bibel überließ, indem er nämlich mit einer Streiknadel nach Art alter Wahrsagerinnen in die Blätter stieß und nach der aufgeschlagenen Stelle sich entschied, dem Rufe Gottes, der aus Ludendorff sprach, Folge zu leisten! Und holden rundet sich der Vergleich, wenn man Zeuge der vom ersten Augenblick an zutage tretenden Unfähigkeit und Ahnungslosigkeit wird, mit der dieses Krautwurmpolitiik macht. Die Herren von Gail und von Westarp, von der Osten und von Schwerin, die heute so wenig wie anno 14 und 17 über den Horizont ihrer Schloßtürme hinauszublicken vermögen, sind bei der Wahl ihres Kanzlers fast auf jene Persönlichkeit verfallen, die gerade sie am allerwenigsten hätten präsentieren dürfen: auf den Herrn Rittmeister von Papen. Da bemüht sich Hitler seit Jahr und Tag, den Amerikanern einzureden, daß der deutsche Nationalsozialismus für sie das beste Geschäft sei;

da baut die deutsche Außenpolitik mindestens seit dem Hoovermoratorium auf den guten Beziehungen zu Amerika ihr wackeliges Gebäude, da bringt Brüning bereits eine Koalition der angelsächsischen Mächte mit Deutschland zustande, der Frankreich zu erliegen droht. Was aber tun die Herrschaften, deren ganze Hoffnung der Uncle Sam gewesen ist? Sie setzen einen Mann auf den Kanzlerstuhl, dessen Berufung eine Ohrfeige für Amerika bedeutet, der während des Krieges als Spion und Chef einer Sabotageorganisation aus den USA ausgewiesen wurde. Die seinerzeitige Tätigkeit des Herrn von Papen ist wahrhaftig nicht unmoralischer gewesen als die der amerikanischen Politiker und Waffenlieferanten, deren Handwerk er störte, aber als Politiker müßte Herr von Papen eben doch erledigt sein. Daß gerade auf ihn die Wahl der Intriganten fiel, ist sicher kein Zeichen einer bewußten Kursänderung, es ist nur ein Dokument grenzenloser Dummheit, jener Dummheit, mit der Deutschland von 1890 bis 1918 regiert wurde und die dank dem Zusammenwirken von Schwerindustrie, Großgrundbesitz und Nationalsozialismus nun wieder Deutschland regieren darf!

Bezeichnend für die Träger wie für die nationalsozialistischen Helfer des neuen Systems ist aber auch der unmittelbare Anlaß, der zum Sturz Brüning's und zur Berufung der Junkerregierung geführt hat. Aus keinem anderen Grunde brannte den Herren die „nationale Konzentration“ auf den Fingern, so daß sie entgegen dem ursprünglichen und schlauerem Plan Brüning schon vor Lausanne stürzten und sich in die Kesseln der un-

Kabinett Papen ernannt.

Schleicher, Gayl, Warmbold und Konsorten.

Berlin, 1. Juni. (Wolfsbüro.) Reichspräsident von Hindenburg hat Herrn von Papen zum Reichskanzler ernannt.

Gleichzeitig wurden folgende Mitglieder des neuen Kabinetts ernannt:

Freiherr von Gail zum Innenminister;

General von Schleicher zum Reichswehrminister;

Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister;

Freiherr von Braun, Regierungspräsident a. D., zum Minister für Ernährung und Landwirtschaft und gleichzeitig zum Ostkommissar;

Etz von Kube nach zum Reichspost- und Verkehrminister.

Die Ernennung der übrigen Kabinettsmitglieder erfolgt morgen.

Zentrum lehnt die „Zwischenlösung“ ab.

Das politische Hauptinteresse konzentrierte sich heute auf die Beratungen des Zentrums, dessen Haltung für das parlamentarische Schicksal des neuen Kabinetts entscheidend ist. Für einen Mißtrauensantrag gegen das neue Kabinett würden etwa 235 Abgeordnete der Sozialdemokraten, Kommunisten und der Staatspartei stimmen, während für die Regierung Nationalsozialisten, deutschnationale, Volkspartei, Wirtschaftspartei und einige kleinere Fraktionen stimmen dürfen, was bestenfalls 257 Stimmen ergeben kann. Wenn nun die 70 Abgeordneten des Zentrums gegen die Regierung stimmen, so wird sie gezwungen, während sich die Regierung bei Stimmenthaltung des Zentrums noch einige Zeit über Wasser halten könnte.

Wenn der Reichstag der Regierung sogleich das Mißtrauen ausspricht, wird er sofort aufgelöst werden und die Neuwahlen würden Ende Juli stattfinden. Hält sich die Regierung, würden die Wahlen im September oder im Oktober stattfinden.

Nach ganzjähigen Beratungen veröffentlichte die Zentrumsfraktion schließlich eine längere Kundgebung, in der die Vorgänge, die zum Rück-

gelösten Reparationsfrage setzten, als aus dem denkbar großschädigsten, brutalsten, dem wirklich nackten Klasseninteresse von 3000 Großgrundbesitzern. Herr Brüning wollte in seiner Notverordnung nicht nur die Lohnempfänger wiederum die Fache bezahlen lassen, er wollte endlich einmal sein Siedlungsprogramm durchführen und durch die Enteignung von ein paar tausend Morgen Landes ein paar zehntausend Arbeitslosen eine Existenz schaffen. Die Herren, die über riesige Güter verfügen, von deren Ertrag sie die Nazisbanden finanzieren, wofür ihnen das Reich die Schulden aus der Kassa der Osthilfe bezahlen mußte, ließen Gefahr, ein oder zwei Prozent ihres Bodens — gegen Entschädigung obendrein — zu verlieren. Das brachte das Maß ihrer junkerlichen Geduld zum Ueberlaufen. Das rührte an die heiligsten Rechte des „deutschen Volkes“. Das konnte nicht geduldet werden und wenn darüber Lausanne, die amerikanische Freundschaft und ganz Deutschland zum Teufel ging.

Das sind die Herren, denen Hitler nun seit drei Jahren vorarbeitet! Das sind keine Geldgeber, seine Bundesgenossen, das ist die Politik, die er nun wird tolerieren müssen, damit sie ihm den Gefallen tun, im September den Reichstag neu wählen zu lassen und den Wahlkampf unter behördlichen Terror zu setzen! Der deutsche Nationalsozialismus ist nicht mehr an der Schwelle der Macht — er hat sie bereits! Kurzum; anders, als die 13 Millionen Hitlerwähler sich das einmal vorgestellt haben! Es ist so gekommen, wie wir es immer gewußt und prophezeit haben. Der Nationalsozialismus hat die feudale, kapitalistische Reaktion in den Sattel gehoben, das Dritte Reich hebt an und Herr von Papen ist sein Herr. Hitler darf weiter trommeln und den wiedererstandenen Nachhabern des wilhelminischen Reiches die Schleppe tragen!

Politisches Zeileis-Institut Krebs, Jung & Co.

heilt alle Gebrechen
durch Handaufheben!

Schlechte Zeiten sind das für Ringelspielleute, Schaubudenbesitzer und Wanderzirkusse. Der Konkurrenz, die sich da im Zeichen des Hakenkreuzes aufgetan hat, sind sie nicht gewachsen. Die Feuerfächer, die Eisenschleifer, die Jongleure und vor allem die Wunderdoktoren müssen vor Neid zerpringen, wenn sie den Bericht über den Tetschner Gesamtparteitag der deutschen Nationalsozialisten lesen.

Was dort geredet und beschlossen wurde, läßt sich in eine einzige Erkenntnis zusammenfassen: Heilmittel für alle und gegen alles ist das Hakenkreuz! Folgen eines verlorenen Krieges? Kleinigkeit! Man hebe die Hände zum Hitlergruß und sie sind überwunden. Folgen der Weltwirtschaftskrise? Wird gemacht! Man bete täglich fünf Vaterunser gegen die Marxisten und verfluche morgens und abends die deutschen Minister und sie sind getilgt. Nationale Sorgen einer Minderheitsnation? Lächerlich! Man streue Rattengift gegen die deutschen Sozialdemokraten — die Rednos werden sich freiwillig auflösen und Kronarisch wird im Braunen Hause zu Schredenstein die Ausgleichsangebote persönlich abgeben. Krebs bringt die nationale Selbstverwaltung, Gower bricht die Insknechtschaft, Kasper beseitigt die Arbeitslosigkeit und Jung haut „das System“ in Trümmer.

Apropos, die Selbstverwaltung! Ihre große, lebenswichtige Bedeutung haben wir Marxisten schon zu einer Zeit erkannt, als Jung noch von Gnaden der Wittkower Werksgewaltigen mit polnischen Arbeiterstimmen gewählt wurde, als Kurisch zur Rettung des alt-österreichischen Zentralismus für das Kriegsdienstleistungsgesetz stimmte und Herr Krebs noch als schlachter Stellenvermittler Schnorbriebe an das deutschradikale Bürgertum wegen Errichtung eines deutschnationalen „Arbeitersekretariats“ in Karlsbad schrieb. Ueber die Bedeutung der Sache werden uns also die Abschreiber des sozialdemokratischen Autonomieprogramms kaum zu unterrichten haben. Wenn aber der Nazi-Parteitag ausspricht, daß „die Sicherung der nationalen und wirtschaftlichen Lebensinteressen“ vor allem durch „Erbringung der Selbstverwaltung“ geschehen soll, dann ist ein politischer Jongleurtrick dabei. Die sechs Millionen Deutschösterreicher haben wohl auf größerem Raum ihre Selbstverwaltung, doch die Krise sitzt ihnen ebenso im Nacken, wie den Sudetendeutschen. An vierzig Millionen Italiener erfreuen sich fascisistischer „Selbstverwaltung“ — wie sie Krebs in Deutschböhmen einführen möchte — Masennot und Krise herrscht dort wie anderwärts. Man kann doch von National-„Sozialisten“ nicht verlangen, sie mögen sich zu der Erkenntnis aufschwingen, daß Not und Krise auch der Deutschen dieses Staates zum entscheidenden Teil bedingt sind, durch die Verbrechen des Weltkapitalismus. Einer der Parteitage-Referenten — Kasper — hat freilich in einem lichten Augenblicke zugegeben, daß die Tschechoslowakei als Exportstaat in hohem Maße auf den Weltmarkt angewiesen ist. Er betont sogar, daß die wichtigsten Industriezweige des deutschen Randgebietes zu 80 bis 95 Prozent auf Export eingerichtet sind. Das macht nichts, die deutschen Regierungsparteien sind selbstverständlich daran schuld, wenn die Balkanländer nichts mehr zahlen, wenn Nordamerika und England die Zölle erhöhen, wenn Japan der Gablonyer Zinnindustrie in Indien Konkurrenz macht. Die Nazis „stellen fest“, daß es hätte nicht so weit kommen müssen, wenn „rechtzeitig jene Maßnahmen

getroffen worden wären, welche die Größe der Katastrophe hätten verhindern oder wenigstens mildern können. Nun wissen wir genau, was verfaulend wurde. Ein deutschböhmisches Razi-Direktorium hätte halt nach dem Vorbild des Dr. Fried den Arbeitslosen eine Regenersteuer aufgezogen, hätte freizeitleiche Lehrer hinausgeschmissen, oder hätte nach braunschweigischem Razi-Muster die Waisenkinder verbotten und aller Not wäre ein Ende. Daß eine Aenderung des wirtschaftlichen Systems und der kapitalistischen Eigentumsrechte notwendig wäre, um einen Doderer zu hindern, Kothau zu kassieren, um die Warschauer Fabrikanten zu hindern, ihre Betriebe nach Ungarn zu verlegen — das sieht in keinem Programmheftchen des Rosenbergs oder Jung. Das kapitalistische Privatigentum soll ja im Raziereich besonders geschützt werden und sogar der Privatbankier wird nach Feders Zeugnis seine gesellschaftliche Funktion behalten. Darum muß doch die nationalsozialistische Arbeiterpartei — schon mit Rücksicht auf die Tombola-Spenden der Aicher Industriellen — die Wut der Krisenopfer ins nationale Fahrwasser lenken.

Bardon — die Nazis sind auch für den „Sturz des Systems“, aber beileibe nicht des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Das System der deutschen Regierungsteilnahme muß gestürzt werden. Czsch und Spina müssen — wie es unlängst der „Tag“ in Fettschrift verkündete — von der politischen Bildfläche verschwinden. Vorläufig dürfen sie aber noch, wie ihnen Herr Jung gnädigst die Erlaubnis erteilte, die von den Hakenkreuzern eingereichten Interventionen erledigen. Die Razi-Abgeordneten haben nämlich keine Zeit zum „Klinkenputzen“ für solche Kleinigkeiten als da sind: Rettung deutscher Staatsangestellter, Erhaltung deutscher Schulen, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für die Arbeitslosen. Ihre Sache ist es zu lärmern und zu trommeln, wie Jung verhindert. Damit wird man den schleppenden Gang der staatlichen Verwaltung, den Jung in einem Atem beklagt, bestimmt beseitigen. Deklamationen in Tischen und Troppau sind bekanntlich das beste Mittel, um Akten, an denen deutsche Existenzen hängen, im Bligtempo zur Erledigung zu bringen. Herr Jung versteht unter dem System, das er austrotten will „ein ständiges Seilziehen zwischen grünen und roten Koalitionsgenossen, unter jeweiliger Mithilfe des schwarzen Bruders zugunsten des einen und des anderen Teiles“ verbunden mit völliger Einflußlosigkeit der deutschen Regierungsparteien. Zum Teil der Sudetenböhmischen gehört offenbar, daß die Roten, besonders die deutschen Sozialdemokraten, das Seil loslassen und daß wieder Herr Stramel im Fürsorgeministerium regiert. Oder will Herr Jung selbst nach dem Seil greifen? Der Chef der nächsten Bürgerblockregierung lasse die politischen Segenkünste der Hakenkreuzer nicht ungenützt!

Alles in allem: ein ganz netter Zeileisbetrieb, dieser Zeitspinner Parteitag und das ganze Raziereine. Die unermesslich große Not des arbeitenden Volkes ist ein Himmelsges-

chenk für diese Partei, die elend verkommen wäre, hätten ihr Not und Hunger nicht neuen Betriebsstoff für ihre Demagogie geliefert. Nun wähnt sie, die Zeit für politische Kurpfuscher wäre gekommen. So wie Herr Zeileis mit der elektrischen Bürste seinen Kunden über den Bauch fährt und sie dann für gesund erklärt, so wird jetzt die Hakenkreuzsalbe als Wunderrezept angepriesen. Der Arbeitslose kriegt Arbeit, der Bauer höhere Preise, der Konsument billigere Lebensmittel, der Hausherr höhere Renten, der Obdachlose schöne Wohnungen und das ganze Volk sein Recht — wenn nur das Hakenkreuz großen Julauf hat. Mag einer unter der Krise leiden oder Bauchgrimmen haben — er stelle sich ein Hitlerbild auf's Nachtkästel und bald wird er ins Dritte Reich der Seligen eingehen.

Jung hat recht, wenn er beklagt, daß die Naziwelle im sudetendeutschen Gebiet zu langsam steigt und daß seine Partei wegen „ver-

schiedener Hemmungen“ die großzügigen reichsdeutschen Propagandamethoden nicht anwenden könne. Das ist freilich wahr, daß man hierzulande die politischen Gegner nicht so leicht mit Sesseln zusammenschlagen, oder auf der Straße abmurksen kann, wie es in Deutschland Mode ist. Noch einen Unterschied hat er vergessen, der sehr wesentlich ist: Hitler kann die tollsten Versprechungen machen, weil er fest entschlossen ist, nach der Machtergreifung auf die beirrten Anhänger zu pfeifen. Hierzulande stehen die Diktaturansichten trotz der Wefens- und Statuengleichheit der Hakenkreuzer mit den Gajdixen etwas schlechter. Hierzulande werden sie ihre Versprechungen einlösen müssen. Und jeder Sozialdemokrat freut sich schon vom Herzen auf den Tag, da die Hakenkreuzer als Teilhaber einer reaktionären Bürgerregierung den Unterschied zwischen ihrer großen Klappe und ihrem kleinen Können selbst aufzeigen müssen!

Wohnungsgesetz und Kredithilfen vom gestrigen Ministerrat genehmigt.

Prag, 1. Juni. (Amtlich.) In der heute nachmittags stattgefundenen Sitzung des Ministerrates wurden folgende Gesetzesvorlagen gebilligt: Der Entwurf des neuen Wohnungsgesetzes, der Entwurf eines Gesetzes über Kredithilfen an die Landwirtschaft aus Gründen der Wirtschaftsnote.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine Zentrale des gewerblichen Genossenschaftswesens, der Entwurf eines Gesetzes über eine Interessenzentrale des Volksgenossenschaftswesens, der Entwurf eines Gesetzes, durch das die Ausgabe von Einwahrscheinungen bei der Ausfuhr von Mehl und Mahlprodukten eingestellt wird.

Hieran wurden die Beratungen über die Vorbereitung weiterer Gesetzentwürfe finanzieller und wirtschaftlicher Art fortgesetzt, die einen Teil des Arbeitsprogramms der Sommertagung bilden und die der Nationalversammlung noch in der nächsten Zeit vorgelegt werden sollen.

Unter den aufgezählten Vorlagen fehlt der Krisenbeitrag für Arbeitslosenzwecke. Gegen diese Vorlage haben heute im letzten Moment die Nationaldemokraten neue Einwände geltend gemacht. Sie protestierten dagegen, daß der einprozentige Beitrag der Arbeitgeber auch von den Gehältern der Angestellten (und nicht nur von der Lohnsumme der Sozialversicherung unterliegenden Arbeiterlöhne) eingehoben werden soll, und brachten wieder ihre alten Forderungen betreffend die Kontrolle der Unterstufungen und die Arbeitspflicht vor. Ein offizielles Kommuniqué über die heutige nationaldemokratische Klubsitzung stellt fest, daß der Klub sich für die Beratung dieser Vorlage im Plenum volle Freiheit vorbehalte. Im Parlament waren heute in diesem Zusammenhang sogar Berichte über die Demissionsdrohung des nationaldemokratischen Handelsministers Natoušek verbreitet.

Auch gegen die Wohnungsvorlage faßte der nationaldemokratische Klub einen geharnischten Protest, in dem die Vorlage auch nach den erfolgten Änderungen als unannehmbar hingestellt wird. Namentlich die ersten drei Kapitel über die Wohnungsevidenz und Woh-

nungsvermittlung haben es den Nationaldemokraten, die die Konkurrenz des Herrn Kalas unbedingt durch ein noch besseres Offert an die paar Hausherrnwähler schlagen wollen, angetan. Sie erklären in dem offiziellen Kommuniqué, mit allen Kräften dagegen kämpfen zu wollen, daß die Wohnungsvorlage in der Fassung des Regierungsentwurfes Gesetz werde.

Da auch der Hausherrnklub der Agrarier in den letzten Tagen eine Mine nach der anderen gegen die Wohnungsvorlage aufzulegen ließ, ist im Plenum des Parlaments, bzw. vorher in den Ausschüssen noch mit einem harten Kampf um die Vorlage zu rechnen. Die Organisationen der paar Tausend städtischen Hausherrn, vor denen Agrarier wie Nationaldemokraten unter Hintansetzung der Lebensinteressen ihrer hauptsächlichsten Wählergruppen plat auf dem Bauch liegen, scheinen es lieber auf ein weiteres Provisorium in der Wohnungsfrage darauf ankommen lassen zu wollen, bevor sie der von sozialem Geist erfüllten Wohnungsvorlage des Fürsorgeministeriums ihre Zustimmung geben.

Die Vorlage über die Errichtung von Fabriken für Mühenzucker, über deren endgültige Fassung durch den Gewerbeausschuß wir bereits gestern berichtet haben, wurde vom Parlament in der gestrigen Sitzung nach mehrstündiger Debatte, in der vier Redner sprachen, in erster Lesung angenommen. Außerdem wurde die zweite Lesung des Gesetzes über die Berufskrankheiten vorgenommen. Die nächste Plenarsitzung ist für heute Donnerstag 3 Uhr nachmittags anberaumt.

Der Ständige Ausschuß, dessen Mitglieder im Rat von den gesetzgebenden Körperschaften neu gewählt worden waren, hielt gestern seine konstituierende Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde mit 14 von 20 abgegebenen Stimmen der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Malpetr gewählt; sechs Stimmzettel waren leer. Durch Klamation wurden dann der Senatspräsident Dr. Soukup zum ersten und Abg. Zuzub zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Zu Schriftführern Senator Potruha und Gen. Pohl.

Das Unwetter in Westböhmen. Unsere Senatsfraktion verlangt schnellste Hilfe für die Geschädigten.

Zu der letzten Senatsfraktion haben die Genossen Stark und Dr. Heller einen Antrag eingebracht, der eine schnelle und ausgiebige Hilfe für die Unwettergeschädigten im Planer und Tachauer Bezirk fordert. Das Unwetter vom 16. Mai hat insbesondere die Gemeinden Kletendörflas, Bruck, Thein, Gröna, Ottenreuth, Kletenreuth, Ostom, Leslau, Domajchlog, Kokošch und Tschelief hart getroffen; teilweise geschädigt sind die Gemeinden Plan, Kuchin, Lohm, Seduba, Reudorf, Polschitz, Krieps und Rahubov. Die devastierte Fläche wird auf 5000 Hektar, der angerichtete Schaden auf sechs Millionen Kronen geschätzt. Im Tachauer Gebiet sind besonders die Gemeinden Paulusbrunn, Galtendorf, Kinkelberg, Hals, Tschelentseith, Tachau, Wittingreith und Lohm betroffen.

Die Antragsteller fordern die Regierung auf, mit größter Beschleunigung für die Befristung von Saatgut und Futtermitteln Sorge zu tragen, in besonders dringlichen Fällen die Auszahlung einer augenblicklichen Kostenausunterstützung zu veranlassen, den Betroffenen entsprechende Steuernachlässe, bzw. Abschreibungen zu gewähren und endlich die Befreiung von Ueberrahme eines Teiles der Zinsenlast bei Darlehen zur Beseitigung der Schäden wohlwollend zu behandeln.

Änderungen an der Kleingeldvorlage.

Das 20-Kronen-Stück wird leichter.

An der Regierungsvorlage über die Neuregelung des Kleingeldsystems wurden heute im Budgetausschuß einige Änderungen vorgenommen. So wird das Gewicht der neuen 20-Kronen-Münze um drei auf 12 Gramm herabgesetzt; der Gehalt an Feinsilber beträgt dann 84 Gramm. Weiters wird bestimmt, daß für die Uebergangszeit, in der noch 10 und 20 Kronennoten als Kleingeld im Umlauf sind, die Nationalbank berechtigt ist, nach Bedarf auf Rechnung des Staates neue Noten zu 10 und 20 Kronen bis zu der zulässigen Höhe in Umlauf zu geben. Eine weitere Änderung betrifft die Berechnung des Betrages von 514 Millionen, der durch die Herausnahme der 10- und 20-Kronen-Noten aus dem bedungspflichtigen Notenumlauf frei wird. Dieser Betrag wird zunächst zur Liquidierung des Passivpostens des früheren Bankamtes benutzt (288 Millionen); der Ueberfluß sollte zur Abzahlung der Banknotenschuld verwendet werden. Nach der neuen Formulierung soll diese Abzahlung jedoch den Rahmen des Vertrages vom Jahre 1927 zwischen dem Staat und der Nationalbank nicht überschreiten.

Eine Resolution Reibl, der Finanzminister möge bei der Nationalbank intervenieren, damit sie den Sparkassen und Raiffeisenkassen kurzfristigen Lombardkredit auf Staatspapiere für höchstens ein halbes Jahr erzwänge und erleichtere, verursacht insofern einige Aufregung, als die Resolution gegen den Berichterstatter Podak mit den Stimmen der Opposition und der tscheischen und tschechischen Sozialdemokraten angenommen wurde.

Für die Schaffung eines Kartellgesetzes hat sich der Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausgesprochen. Der Antrag einer Reihe von Genossen, worin die rascheste Schaffung eines Kartellgesetzes und ein gesetzliches Verbot des Handels mit Absatzkontingenten verlangt wird, wurde vom Kongreß einhellig zum Beschluß erhoben.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

„Haben Sie denn überhaupt kein Schamgefühl?“ schreit er. „Man ist so anständig und bewahrt den Himmel vor'm Fuchthaus ... macht sich noch strafbar, indem man ihn nicht anzeigt ... und Ihr habt die Stirn, von dem Geld noch was abzuhandeln.“

Jetzt höre ich nichts mehr.

Sie unterschreibt wohl.

„Na leben Sie“, sagt Lichte, schnell wieder besänftigt. „Sie werden sich noch einmal freuen. Das ist eine schöne Sparkasse für Sie. Max gibt Ihnen das Geld ja zurück, wenn er wieder verdient.“

Bei den Soldaten ist Max nicht angenommen worden, weil er kurzfristig ist.

Er hat vorübergehend als Streckenarbeiter, Transportarbeiter und Sonntags auch manchmal als Aushilfskellner ein bißchen verdient. Die meiste Zeit sitzt er zu Hause.

„Der ist hin“, sagt die Schwester. „Sie hat man erfahren, wozu er das gekohnte Geld gebraucht hat.“

Ein neuer Filmverleih wird in Königsberg gegründet.

Max bewirbt sich als Expedient und hat Aussicht, den Posten zu bekommen. Den Grund seiner Entlassung bei Lichte hat er verschwiegen. Herr Wurm, so heißt der neue Verleiher, möchte sich bei Herrn Lichte erkundigen.

Max kommt selbst und steht niedergeschlagen, blaß und verlegen vor Lichte.

Herr Lichte möchte doch nichts von dem Gelde erwidern ... er würde ja nie mehr was nehmen ... wenn er nur wieder verdienen könnte ... im Filmverleih wäre er zu Haus ... er würde bestimmt alles drausgeben, um Herrn

Lichte Ehre zu machen, wenn er ihn empfiehlt ...

„Mal leben“, sagt Lichte und gibt ihm die Hand. „Es klingt wie ein „Ja.“

Max macht viele, viele Büdinge. „Ich danke, Herr Lichte. Ich danke viel tausendmal. Sie sollen sehen, daß ich ein ehrlicher Mensch bin, Herr Lichte. Auch der Vater läßt danken. Er hat mir's noch nachgerufen.“

„Ich werde mich gemortert ab.“

Herr Wurm ist fremd im Verleiherbezirk und gedenkt, den erfahrenen Lichte gelegentlich einer persönlichen Erkundigung über den jungen Tübel unauffällig ausfragen zu können. Nun, darin täuscht er sich.

Lichte empfängt ihn mit der mitleidigen Novialität, mit der ein Meister einen Anfänger ertutigt.

Die beiden Herren unterhalten sich eine Stunde lang auf's geräuschvollste.

Martha sitzt die ganze Zeit mit gefalteten Händen.

Umsonst.

Max bekommt eine Ablage.

Sum poeten Male lebt im Filmverleih, breitgedruckt, in schwarzer Umrandung, folgende Annoncen:

Erfahrene Disponentin, vertraut mit dem altp. Kundenreise, in selbständige Stellung bei hohem Gehalt per sofort gesucht.

Filmhaus Murawsky, Königsberg (Pr.) Kneiphöfische Langgasse 1.

Selbstverständlich kenne ich Murawsky dem Namen nach. Er hat den bedeutendsten Filmverleih am Plage, vormals Vertreter der Ufa, jetzt Kommissionsär der Phoebus A.-G. und des Filmhauses Praxmann. Er bereitet nebenbei ein Geschäft für photographische Artikel, das erste seiner Art in Königsberg. Die Kundenschaft besucht er in eigener Dinstoufne und gilt als reicher Mann.

Lichte spricht von ihm nur im Tone eifersüchtiger Geringschätzung.

Wehr ist mir von Murawsky nicht bekannt.

Martha Tübel geht durchs Zimmer, hochbeipost mit Reklamematerial. Der Ertrag für Max arbeitet langsam. So hat sie mehr zu schaffen denn je.

Sie ist schwerfällig geblieben nach der Entbindung, stumpf, gleichgültig. Ihre Uebungen an der Schreibmaschine ruhen. „Es ist ja doch alles vorbei“, sagt sie.

Der Vater des Kindes zählt. Das ist ein Stück für die ganze Familie.

„Murawsky sucht eine neue Disponentin.“

„Da geht die Dahn?“ „Wer ist die Dahn?“

„Na, die Kunden reden doch immer von einer Dahn, die so tüchtig sein soll. Aus Berlin hat er die.“

„Warum sie wohl fortgeht? Murawsky bezahlt überaus gut.“

„Beiß man? Länger als ein Jahr ist sie jedenfalls noch nicht da.“

„Ich lese nochmals das Angebot durch. Es lädt mich. Das Telephon klingelt.“

„24 25? Sie werden aus Löben verlangt.“

Der Löbener Kunde braucht sofort einen Film.

„Machen Sie für, Fräulein, daß das Gespräch nicht doppelt wird. Ich lege Ihnen sofort die Gebühren von der Rechnung ab.“

Das sind unsere Kunden. Ob dies Fräulein Dahn auch so mit sich umspringen läßt?

„Ich reihe meine Dispositionsbücher auf und suche in Eile die Kartondeckel von Löben vor. In Löben sind drei Lichtspielhäuser, die eifrig spielen. Ich muß, um einen Film ausfindig zu machen, der für Löben noch frei ist, alle drei Karten durchsehen.“

„Na los, los, Fräulein“, schreit der Kunde, ehe ich überhaupt recht angefangen habe. „Eine Summe ist das immer bei Ihnen.“

„Im Rausch der Leidenschaft, mit Marcelle Albani“, schlage ich vor, „fünf Akte, vorjährige Produktion.“

„Quatsch, Rausch der Leidenschaft! Mit Ihrer Leidenschaft, da werden Sie keinen Hund mehr hinterm Ofen verlocken. Ich brauch' einen Film, verstanden.“

„Sohn gut, Herr Hartmann, spielen Sie Frühlingserwachen.“

„Frühlingserwachen kann ich hier in Löben nicht spielen. Was Ihr Euch wohl so denkt dort in Curven Königsberg. Ist Hottentot frei?“

„Nein, Hottentot läuft in Danzig. Aber spielen Sie doch die Sonntagsgänger.“

„Aber Fräulein, was schlagen Sie mir da alles vor?! Ich habe vorige Woche erst ein Lustspielprogramm gehabt“ (von irgendeinem andern Verleiher, das soll ich nun wissen!).

„Ich möchte kurzen Prozeß.“

„Dann spielen Sie Paradies im Schnee. Achtzig Mark Spielermiete. Und die sieben Fverge als Beiprogramm. Zusammen zweitausendsechshundert Meter. Ueberweisen Sie telegraphisch die achtzig Mark, dann geht der Film heute mittag als Expressauf heraus.“

„Ich sehe nach der Uhr. Das Beiprogramm ist nicht doppelt geworden. Aber ich wette hundert gegen eins, daß der gute Hartmann, mit dem wir schon unsere Erfahrungen gemacht haben, verstanden wird, an der Rechnung heranzufinden.“

„Ich tüte den Kopf auf. Ich bin heute müde. Nicht wie man müde ist von zu wenig Schlaf. Es sitzt unendlich. Ich möchte heraus aus dieser Welt in die meine. Ach, ein paar Tage nur Licht sammeln dürfen, am Meer, in der Sonne liegen und träumen. Dann würde es schon wieder geben ein Weibchen. Vielleicht ließe es sich einrichten bei einem Stellenwechsel. Schon wieder muß ich an die Annoncen denken, die in der gleichen Fassung bereits in voriger Woche Unruhe in meine Gedanken brachte.“

(Fortsetzung folgt.)

Einkommensteuererhöhung oder Gehaltskürzung?

Die neuesten Pläne des Finanzministers.

Brno, 1. Juni. Heute begaben sich die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Svoboda, Seidl und Kůdera zum Finanzminister und legten ihm im Ausschusse auf der „Narodni Politika“ vom 31. Mai und des heutigen „Pravdy“ Blattes „Poledni List“ vor, in denen von der Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter als von einer fertigen Tatsache gesprochen wird.

Finanzminister Dr. Trapl erklärte kategorisch, daß die Regierung über einen derartigen Antrag nicht verhandelt hat und daß er selbst bisher der Regierung einen derartigen Antrag nicht vorgelegt hat.

Der Minister legte der Deputation Daten über die ständig sinkenden Einnahmen der Staatskasse vor und bemerkte, daß er einige Anträge ausgearbeitet habe, wie diesem Rückgang der Staatseinnahmen zu steuern sei; er werde diese Anträge in den nächsten Tagen dem Ministerrat vorlegen.

Der Minister denkt vor allem an eine Erhöhung der Einkommensteuer, die scharf progressiv ansteigen würde. Die bisherige untere Grenze des Zuschlages würde von 10.000 auf 25.000 K herabgesetzt werden. Erst wenn dieser und einige andere Anträge nicht akzeptiert werden sollten, würde Trapl beantragen, daß vor allem der verbliebene Rest der Weihnachtzulage für die Staatsbeamten gekürzt werden solle; wenn auch das nicht hinreichen sollte, würde er eine prozentuelle Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten beantragen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten beschränkten sich in dieser Angelegenheit auf die grundsätzliche Erklärung, daß eine solche Herabsetzung, falls die Regierung diese ihre Zustimmung gäbe, nicht die Gehälter bis zu 24.000 Kronen jährlich betreffen dürfte.

Die „erdrückenden Steuerlasten“.

Schenkt man den bürgerlichen Zeitungen Glauben, dann müßte man annehmen, daß Handel, Industrie und Gewerbe infolge der hohen Steuern unmittelbar vor dem Zusammenbruch stünden. Daß es dem Handel und Gewerbe augenblicklich nicht gut geht und auch die Industrie nicht auf Rosen gebettet ist, wissen wir. Aber die Krise laßt auf allen Bevölkerungsschichten und trifft den Lohnempfänger härter als jeden anderen. Mit dem Steuerdruck oder ist es, wie die Zahlen beweisen, nicht weit her.

Nach den Mitteilungen des statistischen Staatsamtes gab es im Jahre 1928 in der Republik 667.203 Erwerbseinkommen, die der allgemeinen Erwerbsteuer unterworfen waren. Der von diesen Einkommen erzielte Reinertrag betrug sich auf 9173 Millionen Kronen, was einem Durchschnitt von rund 15.000 Kronen entspricht. 77 Prozent dieser Steuerpflichtigen haben auch tatsächlich einen Reinertrag in dieser Höhe erzielbar.

Welchen Betrag haben nun diese Einkommen an allgemeiner Erwerbsteuer vorgeschritten erhalten? Auch darüber gibt das statistische Staatsamt Auskunft. Der Gesamtertrag der allgemeinen Erwerbsteuer betrug (ohne Zuschläge) 103.180.000 Kronen, oder rund 1,1 Prozent des Reingewinnes von 9173 Millionen, somit also für je hundert Kronen 1 Krone 10 Heller. Nun wird es gewiß wenig Menschen geben, die glauben, daß der einkommenslose Reinertrag mit dem tatsächlichen übereinstimmt und wenn man weiters weiß, daß die Erwerbsteuer doch nichts anderes ist, als eine Regiepost, so wird ohne weiters klar, daß es mit dem Schicksal über die „Steuerlasten“ nicht allzuweit her ist.

Betrachtet man aber die obige Steuersumme mit dem Ertrag der Personaleinkommensteuer so ergibt sich ein anderes Bild.

Die Personaleinkommensteuer betrug im Jahre 1928 etwa 1500 bis 1600 Millionen, also rund das fünfzehnfache, und wenn man zu der allgemeinen Erwerbsteuer noch 500 Prozent Umlagen hinzuschlägt, ergibt sich immer erst eine Summe, die noch nicht einmal die Hälfte dessen beträgt, was die Lohnempfänger an Personaleinkommensteuer zahlen.

Kommunistenbah in der Slowakei. Tsch. B. S. meldet aus Rajchau: Die Gendarmerie in Michalovce hat die illegale Tätigkeit der tschechischen Kommunisten aufgedeckt, die eine staatsfeindliche Aktion einleiteten. Nach beschleunigter Durchführung von Hausdurchsuchungen wurden verhaftet und nach der Staatsanwaltschaft in Rajchau eskortiert die Mitglieder des Ausschusses der kommunistischen Partei in Michalovce, u. zw. der Obmann David Chemovalis, der Sekretär R. Freit, der Kassenführer Alexander Friedl und J. Ausländer, alle durchwegs aus Michalovce. Die Kommunisten organisierten eine staatsfeindliche Tätigkeit der kommunistischen Jugend auf Grund von Direktiven aus Rajchau.

Ziroler Schußbündler verhaftet.

Zusbruck, 1. Juni. (M.) Der Oberbefehlshaber des republikanischen Schußbundes für Tirol, der Lehrer August Ruprian, ist in den Abendstunden vom Gendarmerieposten Sötting verhaftet und dem Landesgerichte überstellt worden.

SPD. zum schärfsten Kampf entschlossen

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veröffentlicht im Anschluß an ihre heutige Fraktionsitzung folgende Erklärung:

Der Sturz der Regierung Brüning, die außerhalb des Parlamentes durch unverantwortliche Raubzüge des Reichspräsidenten herbeigeführt worden ist, eröffnet eine außerordentlich schwere innen- und außenpolitische Krise. Die Art der Bildung und der Zusammensetzung der Reichsregierung ist gegen das Volksinteresse und gibt keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, insbesondere der Rechte der Arbeitslosen. Dagegen ist die Führung einer Außenpolitik gefährdet, die zu einer Wiederherstellung des Vertrauens und der notwendigen internationalen Zusammenarbeit führt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, gegen alle sozialreaktionären Anschläge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe auf die Verfassung und die Demokratie den Kampf zu führen, steht der sich bildenden Regierung mit schärfstem Mißtrauen gegenüber und wird daraus alle parlamentarischen Konsequenzen ziehen.

Nicht „nationale“, sondern reaktionäre Konzentration.

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Das neu zu bildende Kabinett nennt sich „Kabinett der Nationalen Konzentration“. In Wahrheit ist es ein „Kabinett der reaktionären Konzentration“. Die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschlossen. Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn frei gemacht werden für die Erzeugung der gemeinsamen Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege, für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes, d. h. für die Herabsetzung der Löhne in größtem Maßstab. Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett auf

die Tolerierung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei spekuliert. In den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u. a. die Aufhebung des M. Verbotes, die Aufhebung aller Strafverordnungen gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstages.

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unglück auf das „System“, auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgewälzt haben, selber die Verantwortung übernehmen müssen. Jetzt sollen die neuen Herren auf der Panzerkonferenz zeigen, ob sie imstande sind, die Zerstückung des Versailles-Vertrages und die Ermächtigung aller Kräfte zu ertragen. Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Streikverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!“

Blum über die gestrige Unterredung mit Eduard Herriot, in der dieser darauf hingewiesen habe, daß die Umstände nicht mehr die gleichen seien wie 1924, als die Unterstützung durch die Sozialisten für die übrigen Linksparteien erforderlich war. Leon Blum erklärte, wenn auch eine Verständigung über einige wenige Punkte des sozialistischen Programms möglich scheine, mache sich doch hinsichtlich der meisten anderen, namentlich wegen der Herabsetzung der Militärkredite, eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit geltend. Er legte dem Kongreß eine Entschlieung vor, in der festgelegt wird, daß mit der gestrigen Entschlieung der Radikalen die Besprechungen über die Regierungsbildung der Sozialisten beendet sind. Der Parteitag hat sich einstimmig die von Leon Blum vorgelegte Entschlieung zu eigen gemacht.

Herriot lehnt die sozialistischen Bedingungen ab.

Der sozialistische Parteitag hält somit die Besprechungen über die Regierungsbeteiligung für negativ beendet.

Paris, 1. Juni. Wie zu erwarten war, hat der Exekutivauschuß der radikalen sozialistischen Partei die Bedingungen für die Regierungsmitarbeit abgelehnt. Nach den Rundgebungen einiger Redner ergriff der Führer der Radikalen Herriot das Wort und erklärte in einer eingehenden programmatischen Rede, daß er zwar zur Mitarbeit mit den Sozialisten bereit sei, legt aber die Unmöglichkeit der Annahme und der Verwirklichung der von den Sozialisten gestellten meisten Bedingungen, wie z. B. Verstaatlichung des Versicherungswesens, der Eisenbahnen, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Verbot der privaten Waffenproduktion u. a. dar. Der Exekutivauschuß stimmte hierauf bis auf drei Stimmen der Antwort an die sozialistische Partei zu.

Paris, 1. Juni. In der Vormittagssitzung des sozialistischen Parteitages berichtete Leon

Blum über die gestrige Unterredung mit Eduard Herriot, in der dieser darauf hingewiesen habe, daß die Umstände nicht mehr die gleichen seien wie 1924, als die Unterstützung durch die Sozialisten für die übrigen Linksparteien erforderlich war. Leon Blum erklärte, wenn auch eine Verständigung über einige wenige Punkte des sozialistischen Programms möglich scheine, mache sich doch hinsichtlich der meisten anderen, namentlich wegen der Herabsetzung der Militärkredite, eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit geltend. Er legte dem Kongreß eine Entschlieung vor, in der festgelegt wird, daß mit der gestrigen Entschlieung der Radikalen die Besprechungen über die Regierungsbildung der Sozialisten beendet sind. Der Parteitag hat sich einstimmig die von Leon Blum vorgelegte Entschlieung zu eigen gemacht.

Regierungsunterstützung nur von Fall zu Fall.

Parteitagsbeschluss der französischen Sozialisten.

Paris, 1. Juni. Der sozialistische Parteitag hat zu den gescheiterten Verhandlungen mit den Radikalen ein Manifest angenommen, in dem es heißt, der Parteitag habe festgestellt, daß die Antwort der radikalen Partei die Einigung über die unverzüglichen Erfordernisse einer gemeinsamen Regierungsaktion unmöglich mache. Die sozialistischen Abgeordneten würden für ihre Tätigkeit im Parlament sich auch weiterhin

hin von dem Grundsatz leiten lassen, der Reaktion den Weg zu verstopfen. Der sozialistische Klub wird von dem Kongreß ermächtigt, im Geiste der Tradition und des Programmes der sozialistischen Partei die Regierung zu unterstützen. Diese Unterstützung wird aber nicht auf irgendwelchen Bedingungen oder irgendwelchen Vereinbarungen beruhen und wird der Regierung nur von Fall zu Fall gewährt werden.

Deutschlands Defizit im Vorjahr 1690 Millionen Mark.

Berlin, 1. Juni. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums war am Ende des Rechnungsjahres 1930 beim ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark vorhanden, von dem im Rechnungsjahr durch die außerordentliche Schuldentilgung 420 Millionen abgedeckt worden sind. Im Rechnungsjahr 1931 kam ein neu entstandener Fehlbetrag von 449 Millionen hinzu, der sich aus einer Mindereinnahme von 116 und einer Mehrausgabe von 333 Millionen zusammensetzt.

Beim außerordentlichen Haushalt betragen im Rechnungsjahr 1931 die Einnahmen 27,1 und

die Ausgaben 178,7 Mill. RM. Die Ausgaben überstiegen also die Einnahmen um 151,6 Millionen. Einschließlich früherer Fehlbeträge schließt Ende 1931 beim außerordentlichen Haushalt noch Deckung für insgesamt 470,9 Millionen Mark. Da in absehbarer Zeit mit einer Anleihe in dieser Höhe nicht gerechnet werden kann, ist der Gesamtschuldbetrag des außerordentlichen Haushaltes Ende 1931 auf den ordentlichen Haushalt übernommen worden, so daß sich ein Gesamtschuldbetrag von 1.690 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1931 ergibt.

Genfer Ausschuß für Abschaffung der Giftgase, Brandgeschosse und Flammenwerfer.

Genf, 1. Juni. Im chemischen Ausschuß der Abrüstungskonferenz einigte man sich auf die vollkommene Abschaffung der chemisch-bakteriologischen Waffen, der Brandgeschosse und der Flammenwerfer.

Im Landräufungsausschuß der Abrüstungskonferenz wurde heute die Aussprache über Tanks, Panzerwagen usw. abgeschlossen. In der Diskussion zeigten sich wieder weitgehende Meinungsverschiedenheiten über den Angriffscharakter dieser Waffen. Die deutsche Delegation wird morgen dem Ausschuß noch einen Fragebogen über die Befestigungen vorlegen.

Die Luftfahrtkommission hat sich entschlossen, einen eigenen Ausschuß für die Prüfung des französischen Antrages zu bilden. Dieser Antrag schlägt die Verwendung eines Fragebogens an die einzelnen Regierungen vor, damit sie die vorgelegten Ziffern für die Einschränkung der Militärflugfähigkeit begründen. Der Ausschuß wird auch die französische Antwort auf diesem Fragebogen prüfen. Die französische Note schlägt auch die Anwendung einer Art von internationalen Hypothek für die militärischen Angriffs- und Verteidigungsluftschiffe gewisser Mächte vor u. zw. derart, daß diese Staaten nicht das Recht hätten, sie frei zu gebrauchen, es sei denn im Falle, daß sie selbst durch Flugzeuge anderer Mächte angefallen würden.



Franz von Papen wurde die Bildung der neuen Regierung in Deutschland anvertraut.

„Ein Schritt zur Rückkehr der Hohenzollern“

Paris, 1. Juni. Die angekündigte neue deutsche Regierung und insbesondere die Persönlichkeit des neuen deutschen Reichskanzlers haben in der französischen Presse kein günstiges Echo ausgelöst und an vielen Stellen wird an die Tätigkeit des Herrn von Papen in Amerika zu Beginn des Krieges hingewiesen. Die Blätter urteilen allgemein dahin, daß die Aufgabe der neuen Regierung die Vorbereitung der Machtergreifung durch Hitler sein werde.

„Petit Parisien“ schreibt: Man kann sagen, daß das neue Kabinett von den geringsten Spuren eines Sozialismus und Liberalismus fast chemisch gereinigt wurde. Der sozialistische „Populaire“ sieht in der Auswahl der Persönlichkeiten die Rückkehr zum militärisch-aristokratischen Vorkriegsregime und einen Schritt zur Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron.

Die teuren Nazis.

Nach Zeitungsberichten belaufen sich die Agitations- und Wahlkosten der Nazi bei den preussischen Landtagswahlen auf 20 Millionen Mark oder 160 Millionen Kronen. Ein etwas teurer Spaß und die jungen Nazisherren, die 162 an der Zahl, die Bänke des preussischen Landtages mit ihrem wertvollsten Körperteil beschweren, sind ziemlich kostspielige Investitionsstücke des Reichlandes, von denen jeder im Durchschnitt ein Millionenchen Kronen kostet.

Einige davon mögen ja ihr Geld wert sein. Wenn auch schließlich der Schwert nicht eine Million Kronen betragen dürfte, so ist doch der Stellenwert in Betracht zu ziehen. „Prinz“ Ludwig, B. als nationaler „Sozialist“ und „Arbeiterführer“ ist gewiß keine geringere Sensation als ein zitterndes Seefalch. Andere freilich sind unisono zu teuer.

Zunehmend; der ganze Spaß ist mit 160 Millionen Kronen reichlich überzahlt; d. h. bezahlt ist er ja noch gar nicht und den „Wirtschaftsführern“ Adolfs um Thyssen, Krupp etc. steht das schlimmste noch bevor. Aber der Spaß kostet eben so viel und bei den heutigen Viehpreisen ist das entschieden zu teuer. Auf dem Preger Schlachtwiehmast zahlt man sieben Kronen für prima Mastschon pro ein Ailo Lebendgewicht und wenn sich diese auch zur Aufzucht eignen dürften, für 160 Millionen Kronen erhalte man eine riesige Rinderherde, deren volkswirtschaftliche Bedeutung zweifellos größer wäre, als es 162 Naziodgeordnete sind.

Einscheiden ins nun die Nazi in Geldschwulst und es wäre zu wünschen, daß es zu keinem Konkurs kommt. Denn: was würden die Nazigläubiger damit anfangen, wenn sie etwa einen Anruf an Zahlungsstatt annehmen müßten.

Zusammentritt der französischen Kammer.

Paris, 1. Juni. Die neu gewählte Deputiertenkammer hielt heute ihre erste Sitzung ab, die rein formalen Charakter hatte. Unter Vorsitz des Alterspräsidenten Groussou schritt die Kammer an die Ueberprüfung der Gültigkeit der Wahl ihrer Mitglieder. Diese Arbeit dürfte bis Donnerstag nachmittags dauern.

Titulescu Ministerpräsident?

Paris, 1. Juni. Zur rumänischen Regierungskrise schreibt „Journal“, König Carol habe den Gesandten Titulescu telegraphisch aus Genf nach der Hauptstadt berufen. Man nimmt an, daß Titulescu mit der Bildung des neuen rumänischen Kabinetts betraut werden soll. Der Führer der Liberalen, Duca, soll jedoch erklären, die Liberalen würden einer Zusammenarbeit mit Titulescu nicht zustimmen; sie seien gegen die Bildung eines Koalitionskabinetts. Die Liberalen wollen selbst eine rein liberale Regierung bilden.

Moskauer Parole.

Weiterhin unnachgiebigsten Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Im Leitartikel dieses Blattes vom 31. Mai wird angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr die Frage gestellt, ob die Kommunisten die geschichtliche Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes gegen den Faschismus erkennen.

Die Antwort liegt bereits vor: Nach Meldungen aus Moskau veröffentlicht die Moskauer „Pravda“ einen langen Artikel über die Notwendigkeit einer Völkervereinigung der kommunistischen Parteien in den Staaten des Auslandes. Der Artikel gibt den leitenden Kreisen der kommunistischen Parteien eine Reihe von Richtlinien an die Hand zur Durchführung der jetzt aktuellen Aufgaben. Vor allem müsse die Beeinflussung der Arbeiterschaft viel energischer und sorgfältiger in Angriff genommen werden. Dazu gehöre die „Eroberung“ der Fabriken, in welchen die kommunistischen Agitatoren sich festsetzen hätten, um in stetem Kontakt mit der Arbeiterschaft zu sein. Auf diesem Gebiet sei bisher zu wenig Aktivität entfaltet worden, sodann kommen Richtlinien für die Durchführung von Streiks. Ueberstürzte und kopflose Streiks hätten häufig zu Niederlagen der Arbeiter geführt. Diese außerordentlich schwierige Aufgabe müßten die kommunistischen Streikführer geradezu studieren. Es folgt dann der wichtigste Abschnitt, der den unnachgiebigen Kampf gegen die Sozialdemokratie betrifft. Hier wird den Kommunisten die Aufgabe zugewiesen, die Sozialdemokraten in der Rolle von Handlangern des Bürgertums dem Proletariat darzustellen und „den Kompromißlern die Maske vom Gesicht zu reißen.“ Besonders feindselig urteilt das Sowjetblatt über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die außerordentlich „mandrierfähig“ sei. Endlich ist dem Artikel zufolge auf die Bearbeitung der breiten Massen der Arbeitlosen im Sinne der KPD weit mehr Aufmerksamkeit zu verwenden als bisher. Auf diesem Gebiet hätten die kommunistischen Parteien des Auslandes bisher fast versagt.

Die leitenden Kreise Rußlands müssen bar jeder politischen Vermunft sein. Angesichts des drohenden Konflikts in Ostasien müßte es der kommunistischen Partei besonders unerwünscht sein, wenn auch in Deutschland der Faschismus mehr oder weniger Oberwasser gewinnt. Wer damit gerechnet, daß die Kommunisten eine der gesamten Arbeiterklasse und dem internationalen Sozialismus dienende Politik treiben würden, muß in diesem ungeborenen ersten Moment die heftigste Enttäuschung erleben. Die Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse soll nach dem Diktat der Moskauer Größen weitergehen. Wir haben die Hoffnung, daß die denkende Arbeiterschaft einer derart tolen Parole die Gefolgschaft verweigern wird.

Preußischer Landtag — streng abgelehrt.

Berlin, 1. Juni. Der Aeltestenrat des preußischen Landtages eröffnete am Mittwoch die Beratung über den Arbeitsplan des Hauses. Präsident Kerkel machte die Mitteilung von den Maßnahmen, die er zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses getroffen habe. Er betonte, daß er sich voll verantwortlich fühle für die Sicherheit der Abgeordneten und die Ehre des Hauses. Zu den getroffenen Maßnahmen gehört auch die Bestellung einer Landtags-Wache.

In der Aussprache protestierten besonders die Kommunisten grundsätzlich gegen die vom Präsidenten verfügten Abperrungsmaßnahmen.

Die Wahl des Ministerpräsidenten soll nach Vorschlägen der Nationalsozialisten erst nach der heftigen Wahl auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Kommunisten behielten sich hierzu ihre Entscheidungen vor, während die übrigen Parteien sich einverstanden erklärten.

Die weiter verlaute, kündigten die Sozialdemokraten im Aeltestenrat an, daß der bei den Schlägereien erheblich verletzte sozialdemokratische Abg. Jürgensen den preußischen Präskus, vertreten durch den Präsidenten des Landtages, auf Schadenersatz verklagen wolle, um durch ein grundsätzliches Urteil feststellen zu lassen, daß der Präsident des Hauses für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Landtag auch die zivilrechtliche Verantwortung trage.

Der Landtag ist dann unter strengen Abperrungen und Ueberwachungsmaßnahmen zu einer Sitzung zusammengetreten, die ohne Zwischenfälle verlief. Die politische Aussprache beginnt morgen.

Vorarbeiten für die Tagung der mächtig-schlesischen Landesvertretung. Dienstag fand eine Sitzung der Finanzkommission des Landes Wärenden-Schlesien statt, in der der Rechnungsabschluss für 1931 erledigt wurde, der mit einem Aktium von 35 Millionen abschließt. Zum Rechnungsabschluss, sprachen unsere Genossen Schuster und Fival. Weiter wurde von der Finanzkommission der Beschluß gefaßt, eine Anleihe in der Höhe von 7 Millionen für Inzestitionserfordernisse aufzunehmen. Zur Kenntnis genommen wurde ein Bericht des Landesauschusses über die Entschuldung der Gemeinden im Bezirke.

Der Gewerkschaftskongreß in Aussig.

Letzter Verhandlungstag.

Aussig, Mittwoch, den 1. Juni. (Eigenbericht.)

Fragen der Sozialpolitik. Aussprache.

Die Verhandlungen werden mit der Aussprache über die gestern erhaltenen vier Referate eröffnet. Zunächst gibt der Vorsitzende Kaufmann bekannt, daß von der jugoslawischen Gewerkschaftszentrale ein Begrüßungsschreiben eingelangt ist. Erster Redner ist Genosse Jaramil (Union der Bergarbeiter), der sich entschieden bewahrt gegen die Bestrebungen, die Krankenversicherung zu verschlechtern. Wir dürfen nicht zugeben, daß die Leistungen herabgesetzt werden. Die Unfallversicherung soll nicht nur reformiert, sondern ausgiebig verbessert werden. — Genosse Redziegel (Verband der Glas- und Keramikarbeiter) spricht über die furchtbare Lage der Primarbeiter und über die Forderungen der Gewerkschaften zum Deimarbeiter-Schutzgesetz. — Genosse Scharing (Kreisgewerkschaftskommission Karlsbad) fordert eine Ausgestaltung der Versicherungs-Gleichberechtigung für die Arbeiter in den feingewerblichen Betrieben und der Schlußbestimmungen zu sichern. In diesem Zweck ist die Gewerbeinspektion zu verbessern. — Genosse Weigel (Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter) spricht um den Kampf der Vordemarbeiter, um die Einhaltung des Nacharbeitsverbots. Dieser Kampf muß auch von der Öffentlichkeit unterstützt werden. Von der Einhaltung des Verbots ist in der Tschechoslowakei gar nichts zu spüren. In Deutschland wurden bei der Durchführung des Verbots die besten Erfahrungen gemacht. Die Einstellung der Nacharbeit ist eine Kulturforderung ersten Ranges.

Die inlame Hetze gegen die Krankenversicherung.

Eine Bedrohung der deutschen Angestellten.

Genosse Schäfer (Zentralgewerkschaftskommission) nahm in sehr eindringlicher Rede gegen die freche Hege Stellung, die jetzt gegen die Krankenversicherung getrieben wird, und führte aus: Ein großes Stück der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ging verloren; es wieder zu erlangen, ist unsere Aufgabe. Jammerschein können die Arbeiter in den Verwaltungskörpern noch manches verhindern.

Die bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien verschweigen bei ihrer infamen Hege gegen die Krankenversicherung die Tatsache, daß sie selbst die sogenannte „Gesundheitswirtschaft“ durch die Herabsetzung der Beiträge verschuldet haben. Die „Bohemia“ vom vergangenen Samstag erhebt unbegründete und unerhörte Angriffe gegen die „Gesundheitswirtschaft“ bei der Beamtenanstellung und Direktorenernennung, damit die Bürokratenherrschaft gefördert. Sie behauptet nichts weniger, als daß für die Ernennungen ausschließlich die politische Legitimation entscheidend war, daß die Beamten um die Güter der Verwaltungsorgane buhlten und daß innerhalb der Beamtenherrschaft Verleumdung und Angeberei herrschten.

Das bringt ein deutsches bürgerliches Blatt zumeist. Ich weiß nicht, wer sich hinter dem harten P verbirgt, das unter dem feinen Auftrag steht, ob es ein Unternehmenssekretär ist oder ein Arbeitgeber, oder ein nationaler Parteipolitiker. Jedenfalls gehört er zu denen, die, unbeschwert von jeder Sachkenntnis, die inliche Finanzlage der Krankenversicherungsanstalten dazu benützen, deren Verwaltungsgotange in unerhörter Weise herabzusetzen, obwohl die Träger der Krankenversicherung an dieser Entwicklung nicht die geringste Schuld haben. Verantwortlich für den Auftrag und die darin ausgesprochenen Behauptungen und allgemeinen Anschuldigungen ist das Blatt, das sich dazu hergibt, solchen Auslassungen Raum zu geben. Heißt es nicht geradezu, Gründe für ein Eingreifen der staatlichen Bürokratie zu liefern, wenn so wie hier, ganz allgemein von Freudenwirtschaft, von Demoralisation des Beamtenkörpers in den Krankenkassen, von Bedrohung unsfähiger Beamten aus parteipolitischen Bedürfnissen gesprochen wird? Wenn das in einem großen deutschbürgerlichen Tagblatt steht, müssen da nicht die höchsten Kampfbereine und deren Presse zu der Annahme kommen, daß in den Bezirkskrankenkassen der deutschen Zielungsgebiete Zustände bestehen, gegen die einzuschreiten höchste Zeit ist. Der Auftrag in der „Bohemia“ verlangt förmlich, daß die letzten Reste der Selbstverwaltung, die noch in der Krankenversicherung bestehen, rasch und gründlich beseitigt werden; daß die Bestellung der Beamten ausschließlich auf amtlichem Wege und nicht mehr durch die Vermittlungsorgane der Krankenkassen erfolgt. Das geschieht in einer deutschen Zeitung, die wissen muß, daß es dann in der Krankenversicherung mit dem deutschen Arbeitsplan bald dahin kommen wird, wie es heute in den tschechischen Kemiern und in den staatlichen Unternehmungen damit aussieht. Wir haben bei der Beratung der gewerkschaftlichen Forderungen in der jetzigen Wirtschaftskrise nachdrücklich erklärt, daß die unangesehene Verdrängung deutscher Arbeiter und Angestellter aus den staatlichen Betrieben und Kemiern und die nahezu vollständige Ausschließung von Staatsbürgern deutscher

Vollzugehörigkeit von der Verwendung im staatlichen Dienst ein schweres Unrecht ist, gegen das sich der Deutsche Gewerkschaftsbund auf das schärfste wendet. — Was da unter dem Einfluß des tschechischbürgerlichen Nationalismus geschieht, widerspricht zudem der Gleichberechtigung, die in der Verfassung unserer Republik allen Bürgern dieses Staates zugesichert ist. In der Beurteilung dieser Lebensfrage für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft gibt es innerhalb der Gewerkschaften unseres Bundes volle Uebereinstimmung. Das beweist die einstimmige Annahme des Antrages der Union der Bergarbeiter, den Genosse Abg. Pohl unter allgemeiner Zustimmung des ganzen Kongresses sachlich und überzeugend begründet hat und der ausspricht, was wir alle wollen. Das sei von mir auch bei diesem Gegenstande, wo es sich ebenfalls um die Erhaltung deutscher Arbeitsplätze handelt, doch einmal ausdrücklich festgesetzt. (Beifall.)

Genosse Grünzer (Verband der Eisenbahner) spricht über die Zustände im Eisenbahnbereich, über den Kampf um den deutschen Arbeitsplatz und behandelt dann den schändlichen Verrat, den die deutschen Nationalsozialisten bei der Frage der Sprachenprüfungen an den deutschen Angestellten begingen. — Genosse Schewil (Deutscher Bühnenbund) bespricht die furchterliche Kollage der Bühnengestellten und deren Forderungen. Die Subventionen des Staates und der Länder sind nicht nur zu erhöhen, sondern auch gerecht anzustellen. Das Theater ist eine Kulturanstalt, deren Erhaltung nicht weniger wichtig ist als die anderer Kulturanstalten. — Genosse Schwarz (Musiker-Verband) bespricht die Forderungen der Musiker und nimmt Stellung gegen die Konkurrenz der Militärmusik. — Genosse Paul (Eisenbahnerverband) trägt erschütternde Bitten vor über die Verdrängung der deutschen Eisenbahner aus dem Eisenbahndienst und ruft die tschechischen Angestellten zur Solidarität und die deutschen zum Zusammenstoß in den freien Gewerkschaften auf. — Genosse Gotschlich (Gewerkschaft der Postler) beschäftigt sich mit der Sprachenfrage. — Genosse Böhm (Union der Textilarbeiter) beschäftigt sich mit dem arbeitserkennlichen Verhalten der Unternehmervertreter in den Versicherungsanstalten.

Die Genossen Kirchhoff und Bergmann beschäftigen sich in ihren Schlussworten mit den in der Aussprache vorgebrachten Anregungen und Wünschen und begründeten die einzelnen Entschlüsse. Diese wurden einstimmig angenommen; wir werden sie in den nächsten Ausgaben unseres Blattes nachtragen.

Organisationsfragen.

Den Bericht über Organisationsfragen erhaltet der Sekretär der Zentralgewerkschaftskommission, Gen. Abg. Macoun. Das Zusammenarbeiten im Odborovs Druzen, dessen Grundlagen auf unserem letzten Kongreß festgelegt wurden, hat erfreuliche Fortschritte gemacht; es machte die freien Gewerkschaften zur führenden Gewerkschaftsbewegung des Landes. Die Vereinbarungen mit dem Odborovs Druzen sichern ein weites Arbeitsfeld; sie sind nach wie vor die beste Grundlage unserer Einheitsbestrebungen. Die Schaffung der gemeinsamen Verbandsausschüsse muß noch reslos verwirklicht werden. Gewisse Reibungsflächen, die sich aus der Arbeit einzelner Verbände ergeben, sind noch zu beseitigen. Das Zusammenarbeiten auf der ganzen Linie nach den bisherigen Vereinbarungen wird zur Erarbeitung eines endgültigen Organisationsprogrammes führen. (Beifall.)

Die Ausführungen des Genossen Macoun werden in der

Aussprache

von den Genossen Neumann (Glasarbeiter), Dretsch (Metallarbeiter), Diehl (Transportarbeiter), Wanick (Graphische Union), Flosch (Angestellten-Verband) und Weigel (Lebensmittelarbeiter) ergänzt.

Sodann erhaltet Genosse Macoun den Bericht der Antragsprüfungskommission. Ein Antrag, die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung und andere Einrichtungen zu vereinheit-

lichen, wird einem besonderen Beratungsausschuß zugewiesen. Ein Antrag des Verbandes der Holzarbeiter, der die Förderung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung betrifft, wird der Zentralgewerkschaftskommission zugewiesen; ein ähnlicher Antrag der Vertreter des Angestelltenverbandes wird angenommen.

Neuwahlen.

Den Bericht der Wahlkommission erstattet Genosse Köglitz. Es werden einstimmig gewählt:

Zentralgewerkschaftskommission:

Pohl Adolf, John Julius, Uhl Hans, Kaufmann Franz, Roscher Anton, Bergmann Florian, Dr. Otto Gahn, Grünzer Ernst, Neumann Gustav, Klinger Anton, Macoun Franz und Schäfer Anton.

Erstamtsmitglieder:

Jarolim Anton, Gries Eduard, Dretsch Josef, Köller Johann, Grünzer Ernst jun., Diehl Josef.

Kontrolle:

Wanick Leopold, Tauber Vinzenz, Löwit Karl, Diehl Theodor, Röll Ernst.

Schiedsgericht:

Haase Emil, Göpfert Oskar, Schapka Paul, Kleiner Franz, Seeger Rudolf, Berner Heinrich, Spring Johann, Hofmann Johann, Dr. Bezdel Arthur, Kopka Leopold, Kraus Weigel, Kretschel Richard, Paul Eduard, Knecht Wilhelm, Redziegel Richard.

Erst-Schiedsrichter:

Korcinshy Johann, Bloß Josef, Baumgartner Anton, Müller Anton, Diehl Josef, Paul Anton, Luger Rudolf, Richter Alfred, Waschal Paul, Schwarz Eduard, Konrad Hans, Bücher Karl, Lehndorf Friedrich, Zinke Oskar, Schloßnikel Hieronymus.

Genosse Kaufmann dankt unter dem Beifall des Kongresses den aus dem Reichsverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes ausscheidenden Gen. Palme und Schapka.

Ausklang.

Am Namen des Odborovs Druzen nimmt Genosse Tahrle zu dem Bericht des Genossen Macoun über Organisationsfragen und zu den Ausführungen der Debattenredner Stellung. Der Gedanke der Vereinheitlichung wird und muß weitere Fortschritte machen, wenn wir wollen. Der Geist, der in den Verhandlungen dieses Kongresses zum Ausdruck kam, ist die beste Gewähr für weitere Erfolge. Die Beschwerden über die Verdrängung der deutschen Arbeiter und Angestellten von ihrem Arbeitsplatz werde ich weitergeben und wir werden trachten, Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Unser Kampf gegen die soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit wird auch die nationalen Streitigkeiten beseitigen. Wir sind aufeinander angewiesen und wollen deshalb zusammenstehen. (Beifall.)

Für die ausländischen Gäste beglückwünscht Genosse Vallund (Schweden) den Kongreß zu dem guten Ergebnis der Verhandlungen. Die Tschechoslowakei ist gewissermaßen ein Laboratorium des künftigen Europa. Die Völker müssen einander achten lernen; ihre Freiheit und die Freiheit der Muttersprache ist die Grundlage einer wirklichen europäischen Ordnung. Auch die Völker der Tschechoslowakei haben an diesem Werden des neuen Europa mitzuwirken; die Schweiz hat bewiesen, wie die Völker in Freiheit und Gerechtigkeit miteinander leben sollen und können. Man ahne überall ihrem Beispiel nach, auf daß Europa einer besseren Zukunft entgegengehe.

In einem zündenden Schlusswort würdigt Genosse Kaufmann die umfangreiche Arbeit des Kongresses und endet mit der Aufforderung, fest zusammenzustehen, damit der Arbeiterklasse Recht und Sieg werde. Die Delegierten erheben sich und singen die „Internationale.“

„Gebt uns zu essen!“

Da habt Ihr — den Gummitüppel!

Hamborn, 31. Mai. Anhänger der KPD hatten für heute durch Flugblätter zu Demonstrationen aufgerufen, bei denen es am Nachmittag an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Gegen 18 Uhr kam es im sogenannten Goetheviertel in Hamborn zu einem planmäßigen Ueberfall auf eine Konsumantat der Vereinigten Stahlwerke. Unter Vorschubung von Kindern drang eine größere Menge in das Lokal ein und forderte die unentgeltliche Herausgabe von Lebensmitteln. Da in den letzten Tagen häufiger Lebensmittelgeschäfte von Plünderern heimgesucht worden waren, hatte die Polizei eine Anzahl von Geschäften durch Polizeibeamte in Zivil besetzt. Als diese Beamten gegen die Plünderer einschritten, wurden sie von der Menge angegriffen und bedroht. Die Beamten machten von der Schutzwaffe Gebrauch. Hierbei wurde der 31 Jahre alte Arbeiter Fritz Perlich durch einen Brustschuß so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf

starb. Der Mörderführer und zwei weitere Beteiligten wurden festgenommen.

Stettin, 31. Mai. Etwa 50 Erwerbslosdrangen heute abend unter dem Rufe „Gut! Gebt uns zu essen!“ in Stettin, Zülchow in ein Lebensmittelgeschäft ein, zertrümmerten die Schanfenstergläser und warfen die Lebensmittel unter die sich schnell ansammelnde Menge. Das Ueberfallkommando stellte unter Anwendung des Gummitüppels die Ruhe wieder her.

Klona, 1. Juni. Im Zusammenhang mit den in den letzten Tagen in Lebensmittel- und anderen Geschäften festgefundenen Plünderungen erfolgte Mittwoch durch die Altonaer Polizei eine großangelegte Aktion, die zur Festnahme von 12 Personen führte. Den Festgenommenen — es handelt sich in der Hauptsache um junge Burken — konnte, wie die Polizei mitteilt, die Beteiligung an den Plünderungen einwandfrei nachgewiesen werden.

Bilder aus einer Hochburg der Nazis.

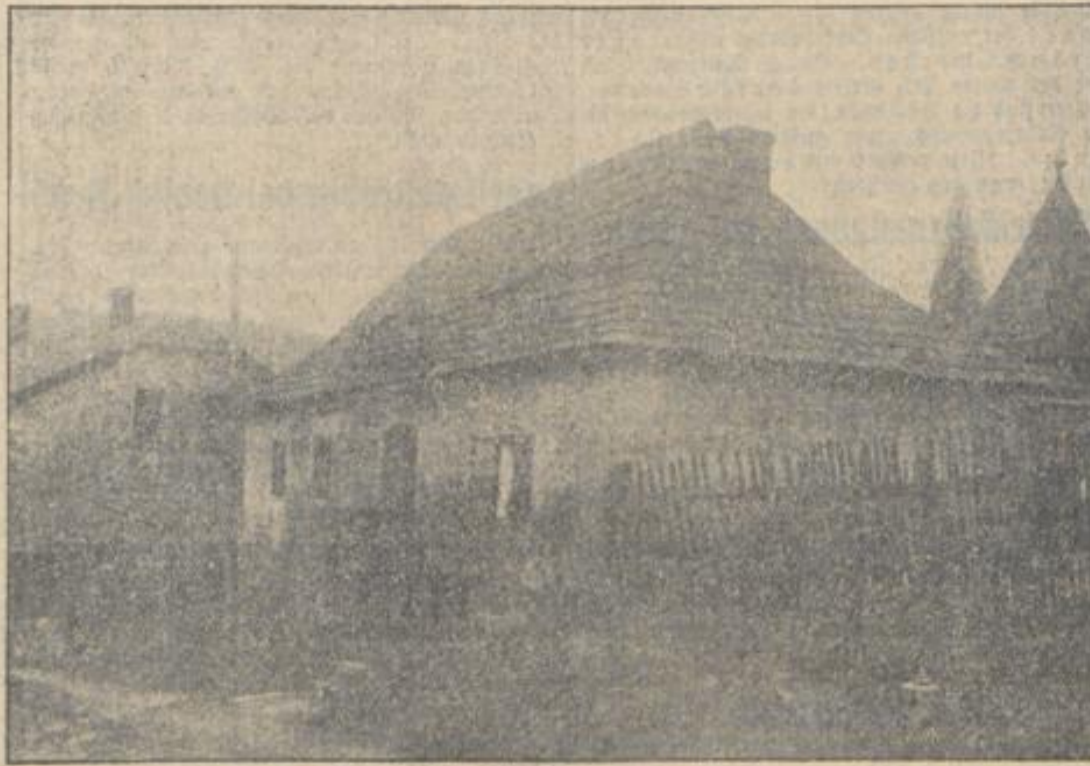
III.

Zur Illustrierung nationalsozialistischer Wohnungsfürsorge hier noch das Bild eines

Gemeindewohnhauses

in der von den Nazis verwalteten Stadt Zülch in Mähren.

In dieser elenden Baracke wohnen drei Familien. Eine Familie aus drei Personen, eine Familie aus fünf Personen und eine Familie aus sieben Personen bestehend. Es „haufen“ darin also fünfzehn Personen!



In dieser Elendsbude ist ein Teil des „Dritten Reichs“ verwirklicht!

Die Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften.

Forderungen des Aussigser Kongresses.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung: Die Wirtschaftskrise und die Forderungen der Gewerkschaften, wurde nach dem Schlusswort des Gen. Schäfer folgende Entschließung angenommen:

Eine Krise der Weltwirtschaft von noch nie dagewesenem Umfange lastet seit zweieinhalb Jahren auf allen Staaten und Völkern und verursacht Not, Elend und Verzweiflung. Viele Millionen Arbeitskräfte sind zum Teil in höchster technischer Vollendung stillgelegt. Die Produktion sinkt und der internationale Warenverkehr schrumpft bedenklich zusammen.

Die ganze Weltwirtschaft ist aufs Tiefste erschüttert und immer deutlicher tritt zutage, daß ein Ausweg aus diesem verhängnisvollen Zustand nur noch mit außergewöhnlichen Maßnahmen, aber nicht mehr mit den üblichen kapitalistischen Mitteln gefunden werden kann.

Es handelt sich bei dem gegenwärtigen Tiefstand in der Weltwirtschaft nicht mehr nur um eine der periodisch wiederkehrenden Krisen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern um eine wirtschaftliche Katastrophe der ganzen zivilisierten Welt, deren Dauer noch gar nicht abzusehen ist.

um eine Krise des kapitalistischen Systems an sich. In den Jahren des Konjunkturaufstieges, die der gegenwärtigen Erschütterung der Weltwirtschaft vorausgegangen sind, wurde der Produktionsapparat in allen Ländern außerordentlich verbessert, die Ergiebigkeit der Produktion durch Einführung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden, durch Aufstellung von Maschinen mit gesteigerter Leistungsfähigkeit und durch die Rationalisierung der Betriebe außerordentlich erhöht. In den Vorkriegsjahren liegen ungeheure Vorräte an Erzeugnissen für den menschlichen Bedarf, ohne Abnehmer zu finden. Die Märkte sind überschwemmt mit lebenswichtigen Gütern, während sich die Absatzmöglichkeiten immer mehr verringern. Zwischen der Ergiebigkeit der Produktion und der Kaufkraft der Bevölkerung klafft ein unerhörtes Mißverhältnis, das mit der Ausbreitung der Arbeitslosigkeit andauernd schlimmer wird. Der von den Unternehmern in den europäischen Krisenländern erzwungene Lohn- und Gehaltsabbau, durch den die Lebenshaltungskosten der Erzeugnisse der Betriebe herabgesetzt werden sollten, haben den Krisenzustand nur noch verschärft. Es haben aber auch die kapitalistisch eingestellten Regierungen in der Bekämpfung der schweren Wirtschaftskrise vollständig versagt.

Anstatt an einen grundlegenden Wiederaufbau der Weltwirtschaft, insbesondere aber an die Behebung der Wirtschaft in Europa zu arbeiten, sperren sich die Staaten immer mehr gegeneinander ab. Hochschutzzölle und eine unsumme Drohungen des Warenautarkies zwischen den Ländern durch Kreditstopp und andere verfehlte Maßnahmen, vermehren die Absatzschwierigkeiten und schließen immer mehr Menschen aus dem Produktionsprozess aus. Es gibt nur einen Weg aus der schweren Erschütterung der Weltwirtschaft und das ist, eine auf Bedarfsdeckung gerichtete Planwirtschaft, also der Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung, die den Grundgedanken des Sozialismus entspricht.

Die freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten unterstützen aus dieser Erkenntnis heraus die Politik der sozialdemokratischen Parteien, die in den großen Wirtschaftskrisen darauf gerichtet ist, die Hindernisse einer neuen Ordnung der Produktion im Sinne der Gemeinwirtschaft zu beseitigen,

deren Ziel die Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft aller Völker ist.

Von der heutigen Weltwirtschaftskrise wird in hohem Maße auch

die Tschechoslowakische Republik

betroffen. Die Zahl der Beschäftigungslosen hat in unserem Saate eine bedrohliche Höhe erreicht. In manchen Industrien sind die Betriebsstellungen außergewöhnlich zahlreich. Insbesondere trifft das auf jene Industriezweige zu, die aus verschiedensten Ursachen selbst in den Tagen der aufsteigenden Konjunktur stärker zu kämpfen hatten. Vorwiegend auf den Export angewiesen, geht in jenen Betrieben infolge der Weltwirtschaftskrise die Beschäftigungslosigkeit weit über den Durchschnitt hinaus. Durch entsprechende handelspolitische Schritte eine Behebung der Produktion und eine Steigerung der Ausfuhr zu ermöglichen, ist die dringende Aufgabe der staatlichen Gesetzgebung, der Regierung und des Parlamentes. Vor allem aber verlangen die freien Gewerkschaften, daß in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit der Staat durch Bereitstellung von Mitteln Arbeitsmöglichkeiten schafft und die öffentlichen Körperschaften in den Stand setzt, bei Beschaffung von Arbeit für Beschäftigungslose in weitem Ausmaße mitzuwirken. Außerdem fordern die Gewerkschaften:

- a) Verlängerung der Arbeitszeit auf höchstens 10 Stunden in der Woche,
- b) eine durchgreifende Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den Nachbarstaaten, die an unserer Ausfuhr und Einfuhr am stärksten beteiligt sind. Beseitigung aller den Warenverkehr mit dem Auslande erschwerenden Zensurvorschriften und ähnlicher Maßnahmen.
- c) Die auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz im Jahre 1927 in Genf aufgestellten

Grundsätze in der Zollgesetzgebung zu beachten. In den Fragen der Zölle sind die Vertreter der Gewerkschaften zu hören, also nicht nur die Arbeitgebergruppen.

d) Aufstellung eines umfangreichen und langfristigen Planes für öffentliche Arbeiten. Die Aufstellung eines Investitionsprogrammes hat unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu erfolgen. Bei den öffentlichen Arbeiten muß die Einhaltung bestehender Tarifverträge und Lohnvereinbarungen, sowie die vierstündige Arbeitswoche zur Vorbereitung für Vergebung von Aufträgen gemacht werden. Es sind bei diesen Arbeiten zunächst Beschäftigungslose aus jenen Gemeinden und Bezirken zu verwenden, in deren Bereich diese Arbeiten durchgeführt werden.

Größtmögliche Förderung des Wohnungsbaus.

e) Die genossenschaftlichen Organisationen der Erzeugung und des Konsums sind wachsam zu unterstützen.

f) Die Ausnahmebefreiung des Inlandsarbeits ist zu heben. Das hat dadurch zu geschehen, daß der Schmälerung des Einkommens der Arbeiter und Angehörten durch Lohn- und Gehaltsfällungen entgegen gewirkt wird. Auskömmliche Löhne sind notwendig, um den Inlandsabsatz zu erhöhen, um Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zu beleben.

g) Schaffung eines Kartellgesetzes, das die Wirtschaftspolitik und Preispolitik der Kartelle regelt.

h) Die zunehmende Bedeutung wirtschaftlicher Fragen macht es notwendig, daß der bestehende Wirtschaftsrat ausgebaut und zu einer Wirtschaftsbekretung erweitert werde. Diese Wirtschaftsbekretung hat bei der Vorbereitung von wirtschaftlichen Gesetzen und Maßnahmen entscheidend mitzuwirken.

i) Von dem Parlament und der Regierung verlangt der Kongreß die weitgehendste Mitwirkung bei der Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas durch Schaffung eines großen einheitlichen Wirtschaftsgebietes, in dessen Bereiche der Warenverkehr von allen Einschränkungen frei bleiben muß.

Der Bund der Landwirte gegen die Sozialpolitik.

Abg. Wagner beschimpft die Arbeitslosen als Faulenzer.

Am Sonntag abends hielt unsere Partei in Raasdorf, Bezirk Jmalm, eine öffentliche Versammlung ab, die einen Massenbesuch aufwies und in der Genosse Leinsmer aus Komotau über die Weltwirtschaftskrise sprach. Zuvor hatte im gleichen Lokal der Abg. Hans Wagner aus Lechwitz in einer Versammlung des Bundes der Landwirte zu den Zeitproblemen „Stellung genommen“ und die Teilnehmer an dieser Versammlung waren gleich da geblieben, um auch den Standpunkt, den die Sozialdemokratie zu den aktuellen Gegenwartsfragen einnimmt, kennen zu lernen. Während nun der Herr Wagner seinen Anhängern weiszumachen versuchte, daß das deutsche Volk erst dann wieder besseren Tagen entgegensehen wird, wenn Deutschland sich das Recht erkämpft hat, militärisch auszurufen zu dürfen, verwies Genosse Leinsmer gleich zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiter- und Bauernschaft heute wohl andere Sorgen haben wird, als sie der Herr Wagner geäußert hat. Die Klassenbewusste Arbeiterschaft hat längst erkannt, daß die Ursache ihrer Not im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu suchen ist und daß nur der Sozialismus dem Proletariat Hilfe und Rettung bringen kann. Auch das Landvolk wird endlich begreifen lernen müssen, daß es wirtschaftspolitisch neue Wege suchen muß, wenn es nicht verelenden will. Vor allem wird eine völlige Abkehr von der Politik, die der Bund der Landwirte betreibt, erfolgen müssen. Der B. d. L. gibt

vor, die Interessen der Bauern zu vertreten, aber er vertritt nur die Interessen der Großagrarier, keineswegs aber die der kleinen Landwirte. Er denkt an nichts anderes als an eine fortwährende Erhöhung der Agrarzölle und an den Abbau der sozialen Lasten. Er ist unablässig bemüht, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu denationalisieren. Damit ist den Kleinlandwirten nicht gedient. Alle Zollerhöhungen nützen ihnen so gut wie nichts und

jeder Schlag, den die Landbündler gegen die Arbeiter führen, trifft nur die kleinen Bauern selbst, denn jeder Angriff auf die Lebenshaltung des Proletariats schwächt nur dessen Kaufkraft und da die Arbeiterschaft der größte Abnehmer der landwirtschaftlichen Produkte ist, kommen auch die Kleinbauern schwer zu Schaden.

Die Landwirte täten viel klüger, sich mit den Arbeitern als ihren Konsumenten zu verständigen, mit dem Industrieproletariat in direkte wirtschaftliche Verbindung zu treten und auf diese Weise den heute allein profitierenden Zwischenhandel auszuscheiden. Ein Getreidemonopol, wie es die Sozialdemokraten vorschlagen, könnte der Bauernschaft alle jene Vorteile bringen, die sie von den Jällen vergeblich erhoffen. Nur durch den Übergang zur Planwirtschaft ist die Krise zu überwinden. Arbeiter und Kleinbauern sollen sich verbinden und gemeinsam für dieses Ziel kämpfen.

Die Ausführungen des Genossen Leinsmer hinterließen auch bei den anwesenden Bauern starken Eindruck und der schon von Natur aus sehr nervöse Abg. Wagner ließ in seiner Debatterede alle Riten der Demagogie springen, um die Gunst seiner Anhänger nicht völlig zu verlieren. Seine Bemühungen blieben freilich erfolglos, selbst seine Aufforderung, den Sozialdemokraten, der aus der Stadt ins Dorf komme, um das Landvolk zu verhegen, mit einem Fußtritt wieder hinauszuepedieren, wurde gänzlich ignoriert. Er probierte es dann mit einer „Poemik“, aber was er vorbrachte, war so bodenlos dumm, daß er sich damit nur heillos blamierte. So erzählte er u. a., daß es im tschechoslowakischen Parlament „über 200 Sozialisten“ gäbe — alle Parteien, die Landbündler und die tschechischen Agrarier ausgenommen, sind nach der Meinung des H. Wagner „sozialdemokratisch“ — er behauptete, daß in Frankreich die Sozialisten seit dem Kriege immer in der Regierung waren, er verwechselte Herrist mit Leon Blum, er sagte, daß der Wiener Bürgermeister Genosse Teich den Justizpalast anzünden wollte.

Wagner krönte den vorgetragenen Stumpf sinn mit der Behauptung, daß der Schulkönig Bata sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter ist!

Soviel Blödsinn auf einmal bekommt man selten zu hören und unsere Genossen wunderten sich immer wieder darüber, daß ein politisch so ungebildeter Mensch, der noch dazu früher einmal Lehrer war, sich also wohl für einen „Intellektuellen“ hält, es beim Bund der Landwirte bis zum Abgeordneten bringen kann. Natürlich schimpfte der Herr Wagner auch tüchtig auf die Krankenversicherung und auf die soziale Fürsorge. Als die anwesenden Arbeitslosen ihm zu verstehen gaben, daß auch sie ein Recht zum Leben haben und daß sie auf jede Unterstützung gerne verzichten, wenn man ihnen nur Arbeit gibt, meinte der Herr Wagner, der freilich genug zum Leben hat — er bezieht außer seinen Abgeordneten-Diensten eine schöne Lehrerpension und besitzt außerdem eine Villa! ... Ignominus!

„Wer weiß, ob ihr überhaupt arbeiten wollt.“

Run, die Antwort, die er darauf zu hören bekam, wird er wohl nicht so bald vergessen. Zuletzt malte der Herr Wagner noch den Teufel „Sozialismus“ recht schreckhaft an die Wand. „Die Sozialdemokraten“, sagte er, „wollen auch Bauern den Besitz wegnehmen und euch von der angestammten Scholle vertreiben, so wie sie es in Sowjetrußland gemacht haben.“ Aber selbst dieser „Schlager“ zog nicht mehr, denn die übergroße Mehrheit der Raasdorfer Bauern war über die Ziele der Sozialdemokratie längst besser unterrichtet als ihr Abgeordneter. Genosse Leinsmer rechnete in seinem Schlusswort mit der Demagogie des Herrn Wagner ausgiebig ab und dem „Vertreter der tschechischen Bauernschaft“ wurde bei der Entlarvung seiner Lügen und Verleumdungen immer weniger wohl zumute. Der Herr Wagner machte zwar noch den Versuch, den Genossen Leinsmer dadurch einzuschüchtern, daß er die Bauern aufforderte „in Raasdorf seinen Kosen zu dulden, denn er sei der Herr Abgeordnete und niemand anderer habe daher hier etwas zu reden“, aber als Genosse Leinsmer darauf entgegnete

daß der Herr Wagner nur solange Abg. bleiben wird, solange sich Einfältige genugs finden, die ihn wählen, hatte der Abg. m. Verhojny genug.

So endete die Versammlung, die vorwiegend von landbändlerischen Wählern besucht war, mit einem vollen Erfolg für die Sozialdemokratie. Aufgabe unserer Genossen wird es nun sein müssen, durch verstärkte Aufklärungsarbeit auf dem Lande die vom B. d. L. systematisch gegen die Arbeiter betriebene Bauernschaft ganz für unsere sozialistischen Ideen zu gewinnen.

Amerikanisches Steuerprogramm

soll 1000 Millionen Dollar einbringen!

Washington, 1. Juni. Im Senat wurde heute das neue Steuerprogramm mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen, das einen Betrag von 1000 Millionen Dollar bringen soll. Die Unterschrift des Präsidenten wird vermutlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche gegeben werden. Außerdem hat der Senat eine Resolution gefaßt, die gemäß einer von einer Unterkommision ausgearbeiteten Vorlage eine Herabsetzung aller Beamtengehälter um zehn Prozent vorsieht, und zwar ohne Ausnahme. Damit ist der Hauptschritt zur Ausführung des Sparprogramms geschehen, dem eine Reduktion der Regierungsausgaben um 288 Millionen folgen soll, das heißt um denselben Betrag, den die durch das Hoover-Moratorium aufgeschobene Kriegsschuldenzahlungen ausmachen würden.

Politische Schieberei in Barmen.

Buppenthal, 1. Juni. Gestern fand in einem Lokal in Barmen eine Versammlung der NSDAP statt. Schon vor deren Beginn hatten sich in den umliegenden Straßen Angehörige anderer politischer Parteien angesammelt, um die Versammlung zu hören. Auf die Polizeibeamten, die zu der Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt wurden, wurden a) Schüsse abgefeuert. Die Polizeibeamten erwiderten das Feuer auf die Demonstranten, von denen einer einen Obersehenkelschuß erhielt und ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Insgesamt wurden etwa hundert Personen zwangsgestellt.

Tagesneuigkeiten

Opfer der Arbeit.

Teitschen, 1. Juni. Vom Zug überfahren wurde Dienstag abends am Nordbahnhof in Teitschen der Stationsarbeiter Heinrich Eitrich, der mit dem Aufladen von Paketen in den Zug beschäftigt war. Er wurde von der Lokomotive des aus Böhmisches-Weißbier kommenden Personenzuges erfasst und geriet unter die Räder. Der Schwerverletzte, der verheiratet und Vater zweier unversorgter Kinder ist, starb heute früh im Teitschener Krankenhaus.

Böhm. Budweis, 1. Juni. Bei den Regulierungsarbeiten an der Moldau bei Mladota a. M. wurde gestern der Arbeiter Wenzel Palenta schwer verletzt. Beim Abladen von eisernen Gegenständen fielen diese dem Arbeiter auf die Brust und brachten ihm tödliche innere Verletzungen bei. Die Bemühungen der Ärzte im Böhms. Budweiser Krankenhaus, in das der Verletzte gebracht worden war, blieben ergebnislos; der Arbeiter verschied noch in den Abendstunden.

Böhm. Budweis, 1. Juni. In einer hiesigen Rohmehlfabrik wurde gestern der Arbeiter J. Pfoz beim Abladen von Brechern durch Abrutschen der Last so schwer verletzt, daß dem Arbeiter wahrscheinlich ein Arm bis zu den Schultern wied abgenommen werden müssen.

Paris, 1. Juni. Die Zahl der Todesopfer bei dem Explosionsunglück in einer chemischen Fabrik in Gondonne bei Marseille hat sich auf sieben erhöht. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts Näheres bekannt.

Sie hoffen, eingesperrt zu werden!

Ein Wiener Blatt brachte aus der Strafanstalt Stein, der größten des Landes Niederösterreich, einen Bericht, der so beginnt: „In der letzten Zeit haben sich die Fälle erschreckend gehäuft, daß Schwerverbrecher nach Abkündigung ihrer Strafe drückt haben, länger in der Strafanstalt bleiben zu dürfen, und daß Begnadigungsurkunden, die auf amtlichem Wege den Strafingen gestellt wurden, von diesen nicht angenommen, manchmal sogar energisch abgelehnt worden sind.“ Von Silvester Bokmader, dem Mörder des Vaters Kathrein zu Reif, wird aus der gerichtlichen Verhandlungsschrift der Satz festgehalten: „Wann i eingesperrt wer, gehis mir eh besser.“ Dann heißt es: „Viele Hunderte wollen ins Gefängnis, weil sie nicht arbeiten können. Besonders in der Winterzeit ist der Andrang außerordentlich groß. Verbrechen werden nicht mehr unterlassen aus Angst vor Kerkerstrafe — sie werden begangen in der Hoffnung, eingesperrt zu werden. Hunger tötet den Freiheitsdrang...“ Die gleichen Erscheinungen zeigen sich auch andermwärts. Die kapitalistischen Kreise sehen dem Jammer mit verchränkten Armen zu.

Arbeitslosigkeit treibt zu Irrsinn und Verbrechen.

Böhm. Budweis, 1. Juni. In Koznov bei Böhms. Budweis unterlag heute zeitlich früh der 30jährige Arbeiter J. Kollar, der früher in den Hartmuthfabriken angestellt war, in seinem Garten alle Bäume, stückte den Schuppen in Brand, worauf er auch in den Wohnräumen seines Besitzes Feuer entzündete. Als das Wohnhaus in hellen Flammen stand, schob er sich aus einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe. Kollar war auf der Stelle tot. Den Feuerwehrlenten gelang es bald, den Brand zu lokalisieren, so daß die Leiche des Selbstmörders noch in den ersten Vormittagsstunden zur behördlichen Untersuchung in die Totenkammer des Ortes geschafft werden konnte. Die Ursache der Tat Kollars konnte bisher noch nicht sicher geklärt werden, doch nimmt man an, daß sie in wirtschaftlichen inneren der Familie zu suchen sind. Die Ehefrau Kollars und die Kinder weichen zur kritischen Zeit außerhalb des Hauses. Im Schuppen verstaubt fand man ein mit Stroh sorgfältig umwickeltes und mit Brettern bedecktes Automobil vor, das wohl auch den Flammen zum Opfer fallen sollte. Das Auto hatte Kollar erst vor einiger Zeit gekauft, da er arbeitslos, die Errichtung eines eigenen Geschäftes plante.

Hoffnung für die sieben Reges.

Washington, 1. Juni. Vor kurzem wurden in Scottsboro sieben junge Reges zum Tode verurteilt, die angeklagt waren, eine junge Weiße vergewaltigt zu haben. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat nunmehr ihrer Verurteilung und Richtighkeitsbeschwerde Folge gegeben, das Urteil aufgehoben und eine neue Verhandlung angeordnet.

Rattowiker Hütten können Löhne nicht auszahlen!

Rattowik, 1. Juni. Die Verwaltung der Königs-Hütte hat gestern den Beamten und Arbeitern mitgeteilt, daß die Gehälter und Löhne für den Monat Mai nicht mehr zur Auszahlung gelangen können. Einer Abordnung der Arbeiterschaft wurde von der Direktion der Hütte mitgeteilt, daß die Auszahlung erst dann erfolgen kann, wenn die Hütte Bargeld erhält.

Auch die Bismarck-Hütte ist mit der Zahlung der Gehälter noch rückständig. Es werden nur dreißig Prozent der Bezüge der Arbeiter-

Umschlagplatz Laube überschwemmt.

Man rechnet mit weiterem Ansteigen des Wassers!

Teitschen, 1. Juni. Durch das Hochwasser der Elbe wurde gestern der Umschlagplatz Laube bei Teitschen stark bedroht und mußte geräumt werden. Heute, Mittwoch, früh war der untere Teil bereits überschwemmt. Weiter sind die Altwiesen bei Bodenbach an der Einmündung zum größten Teile überspült. Man rechnet mit einem weiteren Ansteigen des Wassers.

Uberschwemmungen bei Prag.

Prag, 1. Juni. Zu dem hohen Wasserstande in Prag erfahren wir: Gestern, Dienstag, den 31. Mai hielten die Hochwasserfachkommissionen Beratungen ab. In Teitsch wurde die Landstraße unter Wasser gesetzt, auf der Josef Troja mußte die Bewohner eines Hauses delogiert werden. In Rodkany bei Prag ist das Wasser über die Ufer getreten, wobei mehrere Verkaufsstände unweit der Miterna-Mühle von der Flut abgetragen wurden.

Die Besatzung und Beamenschaft ausgezahlt. Die Direktion erklärte, daß sie für 300.000 Pfund Sozialwechsel besitze, die aber nicht realisiert werden können.

Eine Fürsorgehölle.

Am Dienstag begann vor der Großen Strafkammer des Landesgerichts Prenzlau (Udermark) ein Prozeß, der Aufklärung bringen soll über den Skandal in der von der Jülicher Mission geleiteten Fürsorgeanstalt Waldhof bei Templin. Auf der Anklagebank sitzen sieben Jugendverzeihler. Es werden ihnen schwere Mißhandlungen der ihnen anvertrauten Zöglinge, zum Teil auch unethische Handlungen vorgeworfen. Der Direktor der Anstalt, Pfarrer Gruber, ist vorläufig noch nicht angeklagt. Er wird als Zeuge erscheinen. Von den Angeklagten, meist pädagogisch vollkommen unausgebildeten Landwirten, ist besonders schwer belastet der Erzähler Willi Franke, der die Rolle des „Direktionsstellvertreters“ und praktischen Leiters der Anstalt gespielt hat.

Franke sagt aus: „Wir haben alles getan, um den Jungen die größte Behaglichkeit zu bieten. Ich war zu ihnen wie ein Vater. Und die Straffellen, in die keiner länger als zwei bis drei Tage, meistens nur ein paar Stunden gebracht wurde, hießen Bestimmungsräume. Mißhandelt worden ist nie ein Zögling. Würde einer geschlagen, dann war es nur aus Liebe und um ihm zu helfen.“ Nachdem durch Fragen des Staatsanwalts festgelegt worden war, daß sich manche der so liebevoll behandelten Zöglinge wochenlang, ja sogar monatelang in den „Bestimmungszellen“ befinden mußten, räumte der Angeklagte Franke ein, daß er allerdings das eine oder andere Mal den Zöglingen auch „recht gründliche Denksätze“ verabreicht hätte, „damit ihnen ihre Missetaten zum Bewußtsein kämen“. Aber der Angeklagte will doch immer nur darauf bedacht gewesen sein, den Jungen zu helfen. Als der Vertreter der Nebenklage den Erzähler Franke gefragt hatte, wie er sich Hilfe vorstelle, die aus Schlägen mit Gummischläuchen, Fußtritten und Züchtigungen mit Leibriemen besteht, antwortete der Angeklagte: „Solche Maßnahmen waren nötig, um die Autorität der Erziehers aufrechtzuerhalten. Wir haben die Schläge mehr weg getan, als den geschlagenen Jungen. Frägelin ist eine Weltanschauungsfrage. Ich bin im alten Sinne erzogen und weiß das zu schätzen.“ Aus seiner Weltanschauung heraus hat Franke, wie das Gericht dann feststellte, einmal einen Jungen mit einem über 30 Zentimeter langen, dicken Holzknüttel so geschlagen, daß der Knüttel in Stücke ging. Und gleichfalls aus weltanschaulichen Gründen hat Franke einen Zögling auf dem Rücken eines Zöglings zertrümmert.

Arbeiter- oder Adespartei?

Das wahre Gesicht der Nationalsozialisten.

Aus dem neu erschienenen Mitgliederverzeichnis des Preussischen Landtags geht hervor, daß die nationalsozialistische Fraktion von der Spitze der folgende aristokratische Gliederung aufweist:

- 1 Prinz; August Wilhelm, Prinz von Preußen.
- 3 Freiherren; Freiherr von Etz-Nubensch, Freiherr von Gregorz, Freiherr von Maune.
- 1 Graf; Graf von Delldorf.
- 3 sonstige Adlige; von Reindorff, von Wedel-Patlow, von Worsich.

Die Aristokratie hat es danach sehr gut verstanden, Anschluß an diese „Arbeiterpartei“ zu finden!

Furchtbarer Tod eines Touristen.

Wien, 1. Juni. Am 29. Mai unternahm der 27jährige Hilfsarbeiter Josef Günther aus Steyer mit zwei Freunden einen Ausflug auf die sogenannten Spitzmauer bei Stober. Beim Bestreigen der gefährlichen Felswand trennte sich Günther von seinen Freunden und gelangte auf eine schwer zugängliche Stelle, wo er am Seil hängen blieb. In dieser Lage übernahm ihn ein Schneekurm, welcher jeden Zutritt zu diesem Ort durchaus unmöglich machte. Günther

Die neue Regierung auf den Mainhof hat sich gut bewährt. Während in früheren Jahren das Wasser bei einem Stau von 160 cm die Soctafova ulice und die Gasse Zidovske meist überschwemmte, zeigte sich gestern bei einem Stau von 195 cm das Wasser in diesen Gassen überhaupt nicht.

Sageltatrophe bei Deutsch-Brod

Aus Deutschbrod wird uns geschrieben: Dieser Tage wüteten einigemal über der Gegend von Dobry und Cassau heftige Sageltatrophe. Insbesondere wurden die Gemeinden Bilémos, Zphtice, Zphtovice, Kuzáice, Moravany, Patizob, Hermanice, Javratec, Ktemosnie und Hraslov schwer betroffen. Die Frühjahrsfrüchte müssen infolge der katastrophalen Schäden eingekauft und neu bestellt werden. Die Bezirksbehörde hat Notstandskommissionen gebildet, die mit der Sicherstellung der Schäden beschäftigt sind.

blieb am Seil hängen und, noch Montag nachmittags waren seine Hilferufe zu hören, doch konnte ihm niemand Hilfe bringen. Dann war die Sicht durch Wolken behindert und die Rufe verstummt. Als sich die Wolken verzogen, war ein an dem Seil hängender unbeweglicher Körper zu sehen. Die Bewohner sind der Ansicht, daß Günther entweder erstorben ist oder durch herabfallende Steine getötet wurde. Die Leiche konnte bisher nicht eingebracht werden, da die Wege dorthin vollkommen vereist und ungangbar sind.

Devisenvorschriften bedrohen ärztliche Hilfeleistung. Die am 29. Mai d. J. in Teplitz-Schönau stattgefundene Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Ärztevereine in der Tschechoslowakischen Republik hat folgende Entschliessung angenommen: „Die strengen Devisenvorschriften der letzten Zeit haben zu einer empfindlichen Einschränkung in der Einfuhr ausländischer für die ärztliche Praxis notwendiger medizinischer Apparate, Bedarfsgegenstände und Heilmittel geführt (Röntgenapparate, Röntgenröhren, Hilfsgeräte, pharmazeutische Präparate, Gummihandschuhe etc.). Ein großer Teil dieser Erzeugnisse ist für die Praxis unentbehrlich und durch heimische Produkte nicht zu ersetzen. Die Schwierigkeiten des meist langwierigen Bewilligungsverfahrens bedeuten vielfach eine bedenkliche Komplikation, bisweilen eine für die Patienten geradezu gefährdende Unterdrehung der ärztlichen Hilfeleistung. Die Ärzteschaft fühlt sich daher im Interesse der ihr obliegenden Wahrung des allgemeinen Wohles verpflichtet, die dreite Oeffentlichkeit und die verantwortlichen Faktoren eindringlich auf die Gefahrenmomente aufmerksam zu machen, die durch die rigorose Anwendung der Einfuhrverbote auf dem Gebiet der ärztlichen Behelfstechnik gegen erscheinen.“

Die französischen Gewerkschaften für die Kinder der Arbeitslosen: Der Nationalrat des französischen Gewerkschaftsbundes beschloß in seiner im Jänner abgehaltenen Sitzung die Herausgabe einer „Solidaritätsmarke“ sowie die Einleitung einer Kampagne von zwei Wochen zur Beschaffung von Geldern zugunsten der Kinder der Arbeitslosen. Die Sammlung und der Markterwerb haben inzwischen stattgefunden, wobei insgesamt etwa zwei Millionen Franken ausgebracht wurden. Zum Gelingen dieser Kampagne trug insbesondere auch die große Aktivität der im Gewerkschaftsbund organisierten Lehrer bei!

Betrunkener Herzog am Volant — zwei Todesopfer. Der Herzog von Valajura hat Dienstag mit seinem Kraftwagen, an dessen Steuer er selbst saß, in Neapel einen Gemütskranke überfahren, der von zwei jungen Mädchen gezogen wurde. Hierbei wurden beide verletzt und in hoffnungslosem Zustande ins Spital gebracht, wo der eine noch im Laufe der Nacht auf heute seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Der Herzog wurde verhaftet. Zahlreiche Polizeibeamte, die Jungen dieses Unglücks waren, gaben auf der Polizei an, der Herzog wäre in rasendem Tempo durch die Straßen Neapels gefahren. Außerdem habe er seinen Wagen in angeheitertem Zustande gelenkt.

Armen für Arbeitslose in USA. Ein Projekt für die Erwerbslosenunterstützung von großer Bedeutung ist von dem New Yorker Staatsgouverneur Roosevelt genehmigt worden. Es handelt sich um die Einrichtung eines Systems von sogenannten Unterhaltssparmen, die für die Dauer der Wirtschaftskrise mit verarmten Familien besetzt werden sollen, damit dieselben die Möglichkeit gegeben wird, durch Viehhaltung und Feldbestellung ihr Leben zu fristen. Der Plan wird unermülich durchgeführt werden.

Reges-Republik 1932. Der dem Völkerbund vorgelegte Bericht der offiziellen Sachverständigen über die Regesrepublik Liberia schildert die Zustände in diesem Lande als derartig, daß man die Republik nur als eine „Bestbeule“ bezeichnen könne. Menschenopfer, Kanibalisierung und furchtbare Sklaverei seien dort gang und gäbe. Eine bevorzugte Klasse von 12.000 „Aristokraten“ terrorisiere die Bevölkerung von rund einer Million Menschen in

beispiellos Weise. Jede Art von Seuchen läute im Lande und könne, da jede hygienische Einrichtung fehle und in ganz Liberia etwa ein halbes Duzend gelehrter Ärzte existiere, überhaupt nicht bekämpft werden.

Als Verbannungsort für General Pangalos ist die Insel Korsu bestimmt worden.

Dampfer rammt ein Boot. Dienstag hat der englische Dampfer „Proquer“ ein belgisches Fischerboot bei dichtem Nebel in der Nordsee gerammt und zum Sinken gebracht. Von der fünf Mann starken Besatzung fanden vier den Tod in den Wellen.

Reichsbahn-Fahrtreise verbilligt. Am 1. Juni traten die verbilligten Reichsbahntarife in Kraft: Beratung der Schnell- und Eilzugs-Zuschläge um rund 50 Prozent — Einführung von Sommerurlaubsfahrten mit 30 Prozent Ermäßigung — bedeutende Verringerung der Zeitartenpreise.

Doppelselbstmord aus Not. Bei Berlin wurde der tragische Doppelselbstmord eines Ehepaars entdeckt. Anderer schießen in der Doppel täglich zwei zusammengebundene Leichen. Die benachrichtigten den Reichsanwalt, der die beiden Toten barg. Es sind der 26 Jahre alte Student der Biologie Bengion Toudnow aus Warschau und seine 21 Jahre alte Ehefrau Sarah geborene Erdstein, die aus Jassa stammt. Beide waren seit dem 26. Mai aus Charlottenburg verhaftet. Das Motiv zu dem Freitod dürfte in wirtschaftlicher Not zu suchen sein. In ihrem Zimmer wurde nach ihrem Verschwinden ein Zettel gefunden, auf dem sie geschrieben hatten, daß sie freiwillig aus dem Leben scheiden und ihr letztes Obd und Gut einem Bekannten vermachen würden. Mit dem einzigen Koffer, den sie mitnahmen, machten sie sich nun auf den Weg nach Venedig. Dort brachen sie sich mit einem langen Seid die Handgelenke zusammen und bestiegen an dem Seil ihren Koffer, in den sie mehrere schwere Eisenstücke gelegt hatten. Dann machten sie den Todesritt ins Wasser.

„Licht wohlbelichte...“ „Frauen um mich sein.“ In Verfolg einer Anfertigung, die der Duce vor kurzem gelegentlich eines medizinischen Konzepts getan hat, erließ der italienische Innenminister eine Verordnung, die den Zeitungen und insbesondere den Wochenblättern Italiens die Wiedergabe von weiblichen Bildern untersagt, insofern sie ocellen sind, für magere Figuren Propaganda zu machen.

Tödtliche Fleischbergung. Am Montag verstarb im Städtischen Krankenhaus in Stettin an den Folgen des Genusses von nicht einwandfreiem Fleisch der Kapitän Gräbner. Die nähere Untersuchung dieses Falles hat ergeben, daß nach sieben weiteren Personen an Fleischbergung erkrankt sind. Einige von ihnen wurden in bedenklichem Zustand ins Städtische Krankenhaus gebracht. Die Schuldfrage konnte bisher noch nicht geklärt werden.

Polizeichef und Bandenführer.

„Der größte Polizeiskandal des Jahrhunderts.“

Marion Craconescu, der Chef der rumänischen Geheimpolizei, ist verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Es ist gelungen, den Beweis zu erbringen, daß der Verhaftete der Führer einer Räuberbande war und selbst viele Untaten vorbereitet und unterstützt hat. Verraten wurde er durch seine Genossen selbst, durch die Banditen, die er, um bei einer bevorstehenden Ordensverleihung nicht übergangen zu werden, den Behörden ausgeliefert.

Vor kurzem war Prinz Bibesco, der einen amerikanischen Geldmann im Lande heraufgeführt und auch noch die Gattin des polnischen Botschafters in seinem Automobil hatte, überfallen und beraubt worden. Die Banditen machten schwere Beute.

Der Fall wurde recht geheim behandelt, da der Chef der Geheimpolizei sich erbot, die dunkle Geschichte selbst zu klären. Wirklich wurden acht Personen verhaftet, in deren Wohnungen man Waffen und auch Kasolen fand, wie sie bei dem Ueberfall verwendet worden waren. Als man schließlich auch noch einen Teil der Schmutzfäden entdeckte, die gerandt worden waren, bestand kein Zweifel mehr an der Täterschaft oder doch mittelbaren Beteiligung der verhafteten acht Leute. Die Täterschaft des Chefs Craconescu wurde offenbar durch diesen Fall schlagend bewiesen. Er erhielt eine Vorladung zu König Karl und bekam hier einen der höchsten rumänischen Orden.

Man munkelte schon, daß es nicht unmöglich sei, Craconescu eines Tages auf einem Ministerstuhl zu finden. Da wird Bukarest von einer solchen Sensation überrascht: Der Polizeichef der Kriminalabteilung ist über Nacht verhaftet worden. Man erzählt nur bruchstückweise, was ihm zur Last gelegt wird.

Durch die Geständnisse seiner über den Verhaft empörten Zivilgehilfen ist der Chef so schwer belastet worden, daß an seiner Schuld kein Zweifel mehr sein kann. Der Plan, den Prinzen zu berauben, stammt von ihm. Er hat ihn in allen Einzelheiten durchgeführt, noch ehe ihm der Gedanke kam, durch die Preisgabe seiner Genossen die letzten Voraussetzungen für die sowieso geplante Ordensverleihung zu schaffen.

Die verhaftete Bande scheint nicht die einzige gewesen zu sein, die ihm unterstand. Man hat Anhaltspunkte dafür, daß er ein ganzes Netz von Raubkolonnen über das gesamte Land organisiert hat, so daß sich eine Reihe von Einbrüchen, Ueberfällen und anderen Gewalttaten mit diesem Schlüssel bald klären läßt.

Selbst in dem skandalgewohnten Bukarest bezeichnet man diesen Fall als den größten und übelsten Polizeiskandal des Jahrhunderts.

Berlamsungsaktion in Südmähren.

Die Partei veranstaltete am 28. und 29. Mai im Znaimer Bezirk vier große öffentliche Berlamlungen, in denen Genosse Leinsmer aus Komotau über die wirtschaftlichen und politischen Gegenwartsfragen referierte. Die erste Berlamlung fand am Samstag abends in Jostowitz statt und war außerordentlich gut besucht. Da auch sehr viele Hakenkreuzler anwesend waren, charakterisierte Gen. Leinsmer eingehend und an Hand des nationalsozialistischen Partei-Programms das wahre Wesen des Hakenkreuzfaschismus, dessen „geschichtliche Mission“ darin besteht, durch die Aufrichtung einer Diktatur nach italienischem Muster die zum Untergang längst reife kapitalistische Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung wenigstens noch eine Zeit lang am Leben zu erhalten. Die trefflichen Ausführungen des Gen. Leinsmer gingen den Hakenkreuzlerischen Berlamlungsteilnehmern sichtlich auf die Nerven und um die Wirkung des Referates abzuschwächen, ergriffen in der Debatte mehrere Hilslerjünger zu einer „Erwiderung“ das Wort. Dabei stellte sich aber lediglich heraus, daß die Jostowitz Razi weder über den Marxismus, den sie so grimmig bekämpfen, noch über ihr eigenes Partei-programm informiert sind. Es fiel dem Gen. Leinsmer nicht schwer, die von den Südmährischen Aposteln des Dritten Reiches ins Treffen geführten „Argumente“ zu widerlegen. — Auch zu der am Sonntag vormittag in Groß-Tajaz abgehaltenen und gut gut besuchten Berlamlung hatten sich die Hakenkreuzler zahlreich eingefunden, doch zogen sie es dort vor, noch vor Beendigung des Referates des Gen. Leinsmer einer nach dem andern wieder zu verschwinden. Am Schlusse der Rede war weit und breit keiner mehr zu sehen. — Nachmittags fand in Wihmanns eine Berlamlung statt, in der sich keine Gegner bemerksbar machten. — und abend in Kaufendrud, in der der Abg. Waguier vom Bund der Landwirte als Gegenredner auftrat. Ueber die Kaufendrud Berlamlung, die sehr interessant und lehrreich war, haben wir bereits berichtet.

Journalisten-Anekdoten.

Das Manuskript.

Einer der bekanntesten Manuskriptreißer von Ostböhmen wurde gebeten, eiligst ein paar Dialogstellen zu schreiben, die anderntags dringend gebraucht wurden. Anstatt sich an die Arbeit zu machen, beschloß er eine feierliche Abendgesellschaft, von der er erst in grauer Frühe und in sehr grauer Stimmung heimkehrte. Er setzte sich unbehellig an die Schreibmaschine und verunfallte sein Leben. Als der Hilfsredakteur zur verabredeten Stunde erschien, um den Text abzuholen, war das eingespinnnte Blatt noch leer. Kurz entschlossen ergriff der Autor ein fremdes Manuskript, das seit Wochen bei ihm lag, sah es vor den Augen des Hilfsredakteurs mit den Worten: „Rein, das ist ich nicht! Wenn ich nicht allerbeste Arbeit liefern kann, bessere ich eben gar nicht!“ in tausend Stücken und ließ sie aus dem Fenster flattern. Der erschütterte Hilfsredakteur tröstete ihn: „Nun, jeder hat mal keinen schlechten Tag. Nacht nichts, wir warten, bis Sie sonstig sind.“

Anderntags erklärte der Direktor der Gesellschaft vor verammeltem Stabe: „Das ist wirklich der einzige von euch, der seine Arbeit ernst nimmt; der Mann imponiert mir!“

Der Anekdotenschreiber.

Ich traf einen Kollegen, der fleißig Anekdoten schreibt. Er ging in Gedanken fürdoh, als ich ihn ansprach, fuhr er mich an:

„Was weißt du von Adamur?“

„Der hat ein Thermometer erfunden.“

„Das weiß ich selbst“, sagte er. „Ich will Persönliches wissen. Hat er gern Omelette gegessen, eine Frau betrogen, konnte er kein Grün leben, hielt er Federwieh?“

„Warum willst du das wissen?“

„Ich muß Anekdoten über ihn schreiben, es wird kälter, das Thermometer bekommt Wert. Und ich finde in keinem Lexikon ein Wort über das Privatleben Adamurs, dieses großen Mannes.“

Schweigend gingen wir weiter. Plötzlich blieb er stehen, schlug sich an die Stirn und sagte:

„Ist doch einfach: ich nehme einfach Celsius.“

Die Stiziel.

Zur Premiere seines „Haus Koenhagen“ kam Max Halbe von München nach Berlin. Das gab sehr leuchtige Abende im Kreise der Berliner Bewunderer. Sie wollten den Dichter nicht wieder heimlassen und ein Zufall kam ihnen zu Hilfe: an dem Abend, an dem er wieder abreisen wollte, wurden keine Stiziel im Hotel gestohlen. Die Läden waren schon geschlossen, es konnte kein Erloy mehr geschafft werden. Paul Schlichter übernahm es, die Gattin des Dichters zu verständigen, daß die Rückreise verloben werden müsse. Er erachtete also an Frau Halbe nach München: „Max brukt abend an Abreise verhindert, da Stiziel gestohlen.“

Frau Halbe drückte zurück: „Bin auger mit, nehmt auf meine Kosten sofort den besten Anwalt Berlins zu Max Verteidigung.“

„Ueberrieben“.

Der bekannte amerikanische Schriftsteller Edgar Allan Poe wurde 1844 auf der Höhe seines Ruhms fälschlicherweise als verstorben gemeldet. Alle amerikanischen Zeitungen brachten spaltenlange Berichte, mußten aber am nächsten Tage ein Telegramm vom Postamt erhalten: „Teilen Sie bitte Ihren Lesern mit, daß die Nachricht von meinem Tode erbeulich übertrieben.“

Der arme „Kronprinz“ Otto!

Es findet sich keine Braut für ihn!

Gar große Dinge gehen in der Welt vor. Das Weltwirtschaftskrisis, das Massenarbeitslosigkeit, was Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft! Viel ärgere Kunde erreicht uns, wenn wir die Spalten des „Neuen Wiener Journals“, des jüdischen Weltwehrganges, aufschlagen: Für Herrn Otto Habsburg gibt es derzeit keine Braut. Es handelt sich, wie man weiß, um einen achtzehnjährigen Knaben, dessen Aspirationen auf den ungarischen Kronthrone von Zeit zu Zeit die Aufmerksamkeit auf ihn und seine wertere Familie lenken. Nun erzählt uns das „Journal“ in einem Beitrage, den es von „besonderer Seite“ erhalten hat, daß alle Gerüchte, daß Otto sich verloben wird, unwahr seien, da

„Sie alle vergessen, daß es für Otto derzeit — gar keine Braut gibt!“

Es lohnt sich schon, sich einmal auch mit den Sorgen zu befassen, die in der Zeit des Massenelends und des unermeßlichen Jammers, von dem Hunderttausende ergriffen sind, die Herren Habsburger und hochberühmte jüdisch-faschistische Speichellecker haben. Eines sieht für das „Journal“ einmal fest:

„Wir müssen es vor allem für ausgemacht halten, daß Otto nur eine ebenbürtige Frau an seiner Seite haben kann.“

Sie sei ihm gegönnt!

Otto ist ein legitimer Fürst.

Nicht laden, bitte!

Er hat also an die Nachfolge nach ihm zu denken. Die Erbfolgeordnung der habsburgischen Dynastie wird wesentlich von den Hausgesetzen bestimmt. Nach dem Familienstatut vom 3. Feber 1889 und der im Jahre 1900 erlassenen Ergänzung gelten nur als standesgemäße Ehen, die einen Erbanspruch der Nachkommenschaft begründen, nur solche, die mit einem Mitgliede des Erzhause, mit Mitgliedern eines anderen christlichen, gegenwärtig oder vormalig souveränen Hauses oder mit Mitgliedern solcher fürstlicher Häuser geschlossen werden, denen nach Artikel XIV der deutschen Bundesakte und dem von Kaiser Franz I. erlassenen Handschreiben de dato Preiburg, 17. September 1825, das Recht der Ebenbürtigkeit zusteht. Der oben erwähnte Nachtrag heißt — was sehr wichtig ist — ausdrücklich fest, daß alle einschlägigen Bestimmungen auch für die von dem Oberhaupt des Erzhause eingetragenen Ehen maßgebend sind. Wenn diese Dispositionen auch nur von christlichen und nicht besonders von katholischen Häusern sprechen, so kann man doch annehmen, daß ein Habsburger sich nur mit einer Katholikin verbinden wird. Das ist nicht nur im Gewissen der Habsburger begründet, sondern auch durch die Praxis anderer Fürstentümer gestützt.“

Das „Neue Wiener Journal“, schon seit Olims Zeiten wie's Kind im Hause Habsburg, weiß, was sich ziemt.

Es ist also wahrlich nicht einzusehen, warum die katholischen Habsburger lauer sein sollten.“

Es ist wahrlich nicht einzusehen.

„Beachtet man das alles, dann wird man für Otto im Erzhause selbst und in den gegenwärtig oder vormalig souveränen Häusern dermaßen kaum eine Braut finden.“

Die besondere Seite hat sich besondere Mühe gegeben und folgendes festgestellt:

„Im sogenannten Kaiserstamm des Hauses Oesterreich gibt es mit Ausnahme der Schwestern Ottos keine Mädchen. In dem Stamme, der sich aus der Ehe des Kaisers Leopold II. mit Maria Luise, Infantin von Spanien, ableitet (Familien Friedrich, Karl Albrecht und Josef), sind nur Erzherzoginnen zu entdecken, die vermählt sind oder dem Alter nach nicht entsprechen. Auch die Töchter des Erzherzogs Leopold Salvator sind Otto zu nahe verwandt und stehen nicht in dem entsprechenden Alter. Letzteres trifft auch auf die Töchter des Erzherzogs Franz Salvator zu, soweit sie überhaupt noch untermählt sind.“

Von anderen Geschlechtern scheidet das Haus Bayern wegen der vielfachen Ehen mit den Häusern Oesterreich und Bourbon-Sarinas aus. Im

belgischen Königshause, das nur wenige Mitglieder zählt, gibt es keine heiratsfähigen Mädchen. Nun zu den Bourbonen. Die jüngste Tochter des Infanten Karl ist achtundzwanzig Jahre alt. Andere, noch nicht verheiratete Infantinnen sind noch habsburgischen Hausgeheimen kaum ebenbürtig. Der kaiserliche Zweig hat keine heiratsfähigen Prinzessinnen. Gegen den Erbfolger Sizilien spricht mehrfache Verheiratung. Bourbon-Orleans — nun ja, man weiß, wie über die Orleans zu denken ist.“

Sicherlich weiß man das. Genau so wie über die Habsburger!

„Dann die Braganças. Die sind erst recht nahe Verwandte. Ist doch die Mutter der Kaiserin Jia eine geborene Prinzessin Bragança! Die Töchter des Prinzen Alois von und zu Liechtenstein entstammen seiner Ehe mit Erzherzogin Elisabeth von Oesterreich, die wieder eine Tochter der Schwester der Herzogin von Parma ist. Die Töchter des Prinzen Alfred Roman von Liechtenstein haben eine Prinzessin Dettlingen-Wallerstein zur Mutter. Unter den Rodenburg-Schwestern, inwieweit sie katholisch sind, ist keine „Braut“ ausfindig zu machen. Bei den katholischen Eodien-Rodburg-Großes ist keine dem Alter nach entsprechende Prinzessin zu entdecken. Das königliche Haus Sachsen hat keine unvermählten Prinzessinnen.“

Schöne Belagerung das! Ein achtzehnjähriger legitimer Fürst, der sich nach der Verheiratung des „Journals“ für kein „hohes Amt“ gewissenhaft vorbereitet, kann keine Braut finden. Ein jüher Trost ist uns geblieben:

„Um halbwegs vollständig zu sein, wäre noch zu lesen, daß der Habsburger sich seine Gattin natürlich immer aus einem der mittelbar gewordenen, ehemals reichständischen Häuser holen könnte.“

Und jetzt bricht es, um halbwegs vollständig zu sein, wie ein Katastroph über uns herein:

„Diese sind: Auersperg, Colloredo-Mannsfeld, Esterhazy, Kaunitz-Klesberg, Khevenhüller, Lobkowitz, Metternich, Rosenberg, Salm-Reifferscheidt-Krautheim, Schwarzenberg, Schönburg-Waldenburg, Schönburg-Gartenstein, Starbemberg, Trauttmansdorff, Windischgrätz — mit dem Domizil auf dem Boden der alten Dommonarchie; Tremberg, Reibheim-Steinfurt, Benheim-Tellenburg oder Reibheim, Graf, Jäger-Edenhausen, Fürstberg, Hohenlohe-Langenburg-Langenburg, Hohenlohe-Langenburg-Neuhagen, Hohenlohe-Waldenburg-Kirchberg, Hohenlohe-Waldenburg-Gartenstein, Hohenlohe-Waldenburg-Varrentrich, Hohenlohe-Waldenburg-Schillingen, Hohenlohe-Osternbach-Birlein, Lehen, Leitnig, Los-Costozano, Schwefelberg-Berthelme-Rosenberg, Voornstein-Berthelme-Freundenberg, Dettlingen-Spielberg, Dettlingen-Wallerstein, Salm-Salm, Salm-Neuburg, Salm-Reifferscheidt-Krautheim, Salm-Grünthal, Salm-Wittgenstein-Berleburg, Salm-Wittgenstein-Hohenstein, Solms-Braunfels, Solms-Lich und Hohenolms, Waldburg-Wolfegg, Waldeck, Waldburg-Neudorf, Waldburg-Waldenburg-Neudorf, Wied und Daun und Loxis — mit dem Domizil außerhalb der Grenzen der ehemaligen österrischen Monarchie.“

So, das wäre geschafft. Um halbwegs vollständig zu sein! Wenn man bedenkt, daß Menschen sich damit befassen, sämtliche verheiratete Herrscherhäuser nach Köpflisten für eine standesgemäße Verlobung des Herrn Otto Habsburg-Lothringen abzulassen und noch dazu alle „mittelbar“ gewordenen, ehemals reichständischen Häuser“ dem Alphabet nach anzuzählen, wenn man dieses ganz widerliche Geschäfte und Geschwätz über Wichtigkeiten liest, fallen einem unwillkürlich die Worte Karl Kraus ein, die den ganzen Spieß bannen:

„Wann endlich pußt das Pod Proletenstraße, die schuldig sind vom Teufel in die Kultur? Oh Gott, wenn's einmal so ans Fenster dröhnt, dann weiß ich erst, wofür das Blut vergossen, dann erst, wofür der Mutter Tränen fließen und mit dem Leben bin ich dann veröhnt!“

Gerichtssaal

Ehetragödie nach 50 Jahren Ehe.

Der 77jährige Landwirt Adolf Dietz aus Niederösterreich hat am 8. Oktober v. J. seine 77jährige Gattin, mit der er 50 Jahre verheiratet war, nach vorangegangener Stiziel mit einem Stizielknecht derart erschlagen, daß sie tätwete Verletzungen erlitt, an deren Folgen sie im Laufe d-Wellen Todes, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben, starb. Dietz wurde dem Kreisgerichte B-Perps eingeliefert und am 30. Mai hatte er sich unter der Anklage des Totschlags nach §§ 140 und 142 St-G vor den Schwurern zu verantworten.

Den Vorstz führte Präsident Dr. Ripka, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Zumpfe, Verteidiger war Dr. Ritzelstein.

Der Angeklagte sagte u. a. aus: Er sei mit der Frau 50 Jahre verheiratet gewesen. Die ersten Jahre haben sie miteinander gut gelebt, bis ihm jemand einmal sagte, er solle eine Frau nicht zu einem gewissen Radbar geben lassen.

Da begann die Eifersucht: in ihm zu wachen. Und als er keine Frau am 24. August vorigen Jahres einmal mit einem Manne über die nahe Wiege gehen sah, wollte er von seinem Weibe unbedingt den Namen desjenigen erfahren, um ihn persönlich belangen zu können, wie er sagt. Die Frau aber hat sich geweigert, und dadurch den

Gatten noch mehr in Aufregung versetzt. Immer wieder drang er in sie, sie möchte ihm den Namen nennen. Am 8. Oktober lag er mitten in der Nacht wieder davon an.

Wollte sie ihm nicht antworten, habe er ihr zwei Ohrspeigen gegeben. Dadurch kam die Frau zu Falle, stürzte über ein Fußbankerl und schlug mit dem Kopf an ein Tischbein an. Dort blieb sie liegen.

Nach durchgeführtem Beweiserfahren beantworteten die Schwurern die Schuldfragen wie folgt:

Die 1. Hauptfrage (lautend auf Totschlag) wurde mit 12 Stimmen verneint. Dadurch entfallen die beiden Zusatzfragen. Die 1. Eventualfrage (Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens nach § 305 — Fahrlässigkeit) ist mit 12 „Ja“ beantwortet worden, während die Zusatzfrage (Einseitverwärtung während der Tat) mit 12 „Nein“ beantwortet wurde.

Aufgrund dieses Wahspruches wurde der Angeklagte schuldig erkannt und zu sieben Monaten strengen Arztes unbedingt unter Einredung der Untersuchungsanstalt verurteilt. Da sich Adolf Dietz bereits seit dem 8. Oktober 1931 in Haft befindet, ist die Strafe verbüßt. Er wurde sofort auf freien Fuß gesetzt.

Ein Verleumdungsprozeß.

Der Centralpost und seine Informationen.

Prog. 1. Juni. Heute fand die Verhandlung gegen den hollentosen Zeitungsvorstand Rudolf Kniele ihre Fortsetzung. Wir haben über den Fall

Die größte illustrierte Wochenschrift
Erscheint jeden Sonntag
Überall erhältlich

im März d. J. eingehend berichtet. Der Angeklagte hat in einer langen Reihe von Eingaben phantastische Beschuldigungen gegen die Brüder Dr. Franz und Dr. Ludwig Kohn erhoben, die in ihrer Stellung als Finanz- bzw. Regierungsrat der Finanzlandesdirektion verschiedenen Personen und Firmen unzulässige Vorteile hätten angedeihen lassen. Die strenge Untersuchung blieb ergebnislos und der Staatsanwalt erhob gegen Kniele die Anklage wegen des Verbrechens der Verleumdung.

Der Angeklagte macht dem Eindrud eines psychopathischen Querschnitts, wobei die stereotypen Phrasen vermuten lassen, in welchen „patriotischen“ Kreisen keine „Informations“ zu finden sind. Es handelt sich ihm ausdrücklich vor allem um die Firma Siemens und einiger Konzernfirmen, mit denen angeblich die Beschuldigten unter einer Tode stießen und dafür reiche finanzielle Gegenleistungen erhielten. Bezeichnend ist das groteske Selbstbewußtsein dieses Menschen, der seinem Neuheten nach in größter Not ist. Seine kühnen Redewendungen sind: — „Nach meinen Informationen aus Redaktionskreisen —“, „Ich werde aufdecken —“, „Ich werde beweisen —“.

Aber die Beweise sind ausgeblieben. Ueber zwanzig Zeugen sind bisher einvernommen worden und kein einziger seiner „Informations“ hat sich vor Gericht zu diesen „Informationen“ bekannt. Bestenfalls handelt es sich um Tratsch, der aus vierter und fünfter Hand dem Angeklagten zu Ohren kam. Zwischen Kniele und sich einfach um Erfindungen oder wohl Tadelvorstellungen zu handeln. So verwehrt sich ein Steuerbeamter, den er als Gewährsmann für gewisse Beschuldigungen gegen die Brüder Kohn führte, mit Entrüstung gegen die Zumutung. Er kennt weder den Angeklagten, noch die von ihm Angegriffenen, ist als verlässlicher und stiller Mensch bekannt, der überhaupt nicht zu details vertraulichen Mitteilungen neigt und nicht im mindesten mit der Sache befaßt ist.

Und was für Zeugen der Angeklagte vor Gericht bringt! Den ehemaligen Minister Slaia, den Präsidenten der Fin.-L.-Dir. Dr. Sirelli, den Generalsekretär der agrarischen Partei Abg. Beran und andere tragen auf, und jede Aussage ist eine vollkommene Entlastung der Angeklagten. So schildert z. B. der Angeklagte genau nach seinen Informationen eine vertrauliche Intervention, bei der dem Dr. Franz Kohn im Ruber einige Tausender überreicht worden seien. Nachgewiesen wird statt dessen eine sehr erregte Konferenz, an der sechs Personen teilnahmen und wo die Gegenstände hart aufeinanderprallten, ohne daß es zu einer Einigung kam.

Nachdem Kniele wiederholt wegen ungebührlicher Ausdrücke ermahnt worden war, brachte er zum Schluß eine neue ungeheuerliche Beschuldigung des Dr. Ludwig Kohn, die dahin geht, daß dieser einige aus Knieles gepachtete und beschlagnahmte wertvolle Gemälde habe verschwinden lassen und sich so bereichert habe. In großer Erregung erbot sich der Beschuldigte, binnen einer halben Stunde die fehlende Gemälde nachzuweisen. Ein Teil der Bilder befindet sich im Besitz einer öffentlichen Galerie, der sie nach Verfall offiziell zugewiesen wurden, der Rest ist in der Hand seiner früheren Besitzer. Der Staatsanwalt erweiterte nun die Anklage um diese neue Beschuldigung. Der Gerichtshof verhängte anlässlich einer Tirade des Angeklagten, in der dieser eine „Lumperei“ sprach, über diesen eine Disziplinarstrafe von 100 K. bzw. zwei Tage Arrest. Da der Angeklagte unermüdlich neue „Beweise“ anbietet, neues „Material“ produziert, wurde endlich nach dreifündiger Verhandlung der Prozeß neuerlich vertagt.

Der Gedächtniswund des Franz Stizbrunn.

Sein Geisteszustand wird untersucht.

Prog. 1. Juni. Eine eigenartige Episode aus dem Prozeßroman um die Stizbrunn'sche Speise hat vor dem heutigen Schöffengericht für Pressefragen als die möglicherweise in den kommenden Hauptprozeß von Bedeutung sein wird.

Das hierale Blatt „Lid“ hat Senator Kiojak in einer Polemik mit den Geschäften des Stizbrunn in Verbindung gebracht. Auf dessen Pressefrage bot Red. Dandl den Wahrheitsbeweis an und führte die beiden Stizbrunn als Zeugen. Zur heutigen Verhandlung stellte sich nur Franz Stizbrunn ein, während Georg wegen eines Zustellungsmanuels fernblieb.

Der Anwalt Kiojaks beantragte, Franz Stizbrunn nicht als Zeugen zuzulassen, weil sich dieser selbst vor dem Untersuchungsamt auf Gedächtniswunde infolge eines Motorradunfalls berufen hatte. Dagegen erklärte Franz Stizbrunn, sein Gedächtnis schwinde nur in der Aufregung, sonst sei es aber vorzüglich, besonders wenn er Reizgen betreiben könne. Das Gericht beschloß unter Ablehnung weiterer Anträge, die Untersuchung des Geisteszustandes Franz Stizbrunn zu veranlassen und verlagte die Verhandlung.

